



Bayerisches Landesamt für  
Umwelt



**Dialog zu Klimaschutz und Energiewende**

# **Energienutzungsplan und Energiekonzept**

**Saalbau Luisengarten Würzburg, 14.11.2013**

Regierung von  
Unterfranken



**ENERGIE  
INNOVATIV** 

Veranstaltungsdokumentation

UmweltSpezial

## Impressum

Energienutzungsplan und Energiekonzept  
(Dokumentation der Regionalveranstaltung für Unterfranken am 14.11.2013 im Saalbau Luisengarten Würzburg)

### Herausgeber:

Bayerisches Landesamt für Umwelt (LfU)  
Bürgermeister-Ulrich-Straße 160  
86179 Augsburg  
Tel.: 0821 9071-0  
Fax: 0821 9071-5556  
E-Mail: [poststelle@lfu.bayern.de](mailto:poststelle@lfu.bayern.de)  
Internet: [www.lfu.bayern.de](http://www.lfu.bayern.de)

### Text:

Ursula Ammermann, Sonja Epple, Brigitte Gans und Sven Siebert, citycom, Pfarrer-Grimm-Straße 2, 80999 München  
Vorträge der Referenten  
LfU, Referat 17, Annika Malewski

### Bearbeitung und Redaktion:

LfU, Referat 17

### Bildnachweis:

Bayerisches Landesamt für Umwelt

### Stand:

Februar 2014

Diese Druckschrift wurde mit großer Sorgfalt zusammengestellt. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit kann dennoch nicht übernommen werden. Sofern in dieser Druckschrift auf Internetangebote Dritter hingewiesen wird, sind wir für deren Inhalte nicht verantwortlich.

Für die Inhalte zu den Vorträgen und Erfahrungsberichten der Impulsgeber zeichnen die Autoren selbst verantwortlich. Die darin ausgedrückten Meinungen geben ausschließlich die Meinung des jeweiligen Autors wieder.

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einführung</b>	<b>5</b>
<b>2</b>	<b>Veranstaltungsprogramm</b>	<b>7</b>
<b>3</b>	<b>Teilnehmerliste</b>	<b>8</b>
<b>4</b>	<b>Impressionen der Veranstaltung</b>	<b>10</b>
<b>5</b>	<b>Kurzinformation: Energienutzungsplan und Energiekonzept</b>	<b>11</b>
5.1	Energienutzungsplan	11
5.2	Energiekonzept	12
5.3	Gemeinsamkeiten und Unterschiede	12
<b>6</b>	<b>Vortrag: Energiekonzepte und die Förderung durch die Ämter für Ländliche Entwicklung</b>	<b>14</b>
6.1	Klaus Hecht	14
6.2	Zusammenfassung des Vortrags	15
<b>7</b>	<b>Vortrag: Energiekonzept &amp; Energienutzungsplan – eine Einführung</b>	<b>16</b>
7.1	Pablo Schindelmann	16
7.2	Zusammenfassung des Vortrags	16
<b>8</b>	<b>Vortrag: Plädoyer für lokale Energienutzungspläne</b>	<b>18</b>
8.1	Josef Mend	18
8.2	Zusammenfassung des Vortrags	18
<b>9</b>	<b>Vortrag: Werkstattbericht Markt Zellingen</b>	<b>19</b>
9.1	Anton Rüb	19
9.2	Zusammenfassung des Vortrags	20
<b>10</b>	<b>Vortrag: Werkstattbericht Gemeinde Sommerach</b>	<b>21</b>
10.1	Elmar Henke	21
10.2	Zusammenfassung des Vortrags	22
<b>11</b>	<b>Ergebnisse der Thementische</b>	<b>25</b>
11.1	Thementisch A/C: Bestandserhebung, Potenzialanalyse / Interne Organisation, Zusammenarbeit mit externen Auftragnehmern	26
11.2	Thementisch B: Konzeptentwicklung, Umsetzung von Maßnahmen	31
11.3	Thementisch D: Interkommunale Kooperation, Stadt-Umland	34

11.4	Thementisch E: Öffentlichkeitsbeteiligung (Bürger, Unternehmen)	36
<b>12</b>	<b>Vortrag: Aspekte der Förderung für Energienutzungspläne und Energieeinsparkonzepte</b>	<b>40</b>
12.1	Dr. Peter Wunsch	40
12.2	Zusammenfassung des Vortrags	40
<b>13</b>	<b>Vortrag: Aspekte der Förderung für Energiekonzepte</b>	<b>42</b>
13.1	Stefanie Thomscheit	42
13.2	Zusammenfassung des Vortrags	43
<b>14</b>	<b>Resümee</b>	<b>45</b>

# 1 Einführung

Bei der Umsetzung der Energiewende vor Ort haben die Kommunen eine Schlüsselfunktion. Unter anderem unterliegt ihnen die Planungshoheit und zum Teil auch die Energieversorgung vor Ort. Zusätzlich kommen ihnen Aufgaben der Koordinierung und Motivierung zu, um alle Beteiligten erfolgreich in den Prozess einzubinden. Steigende Energiepreise und mögliche künftige Versorgungsengpässe, der Klimawandel und viele weitere Aspekte machen ein möglichst zeitnahes Agieren notwendig.

Als Hilfe und Planungsgrundlage, damit Kommunen auf diesem Weg informierte Entscheidungen treffen können, dienen die beiden Instrumente Energienutzungsplan (ENP) und Energiekonzept (EK). Ausgangspunkt ist bei beiden eine Analyse von Ist-Daten und eine Ermittlung von Potenzialen sowohl für die Energieerzeugung als auch für mögliche Einsparungen des Energieverbrauchs im Gemeindegebiet. Darauf aufbauend kann die Kommune ihre Maßnahmen für Energieeinsparung, Effizienzsteigerung und eine Umstellung auf regenerative Energieträger entwickeln und optimal aufeinander abstimmen. Trotz dieser Gemeinsamkeiten haben die beiden Förderinstrumente ENP und EK unterschiedliche Ausprägungen, beispielsweise in Bezug auf die Einbindung der Öffentlichkeit (bei dem EK stärker ausgeprägt) oder die Verortung von Daten (bei dem ENP stärker ausgeprägt).<sup>1</sup>

Mit einer Veranstaltungsreihe zum ENP und EK in allen bayerischen [Regierungsbezirken](#) wurde den Teilnehmern ein Forum zur Umsetzung von ENPs und EKs geboten. Zu der Zielgruppe zählten in erster Linie Verwaltungsmitarbeiter und politische Entscheidungsträger kleinerer Kommunen. Die Veranstaltungen wurden gemeinsam mit den jeweiligen Bezirksregierungen und der Bayerischen Energieagentur ENERGIE INNOVATIV durchgeführt. Als Kooperationspartner haben sich darüber hinaus das Bayerische Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Innenministerium sowie die kommunalen Spitzenverbände – der Bayerische Gemeindetag und der Bayerische Städtetag – beteiligt.

Die Regionalveranstaltung für Unterfranken wurde am 14.11.2013 in dem Saalbau Luisengarten in Würzburg durchgeführt. Während der Begrüßung, die durch Vertreter der unterfränkischen Bezirksregierung, des Bayerischen Umweltministeriums und der Bayerischen Energieagentur ENERGIE INNOVATIV vorgenommen wurde, wurde bereits die herausragende Rolle der Kommunen bei der Energiewende betont. Im Laufe der Veranstaltung berichteten unter anderem im ENP und EK erfahrene Kommunen über die praktische Umsetzung. Der Kern der Veranstaltung war ein interaktiver Erfahrungsaustausch im Rahmen von sogenannten Thementischen. Der Tag wurde schließlich mit einem Überblick über die Ergebnisse der Thementischrunden sowie über die verschiedenen Förderaspekte abgerundet.

Hiermit stellen wir die Dokumentation der Regionalveranstaltung in Unterfranken allen Teilnehmern und Interessierten zur Verfügung. Zudem werden die Ergebnisse der sieben Regionalveranstaltungen in einer Gesamtdokumentation zusammengefasst und über den Bestellshop des Bayerischen Umweltministeriums ([www.bestellen.bayern.de](http://www.bestellen.bayern.de)) bis voraussichtlich Mitte März 2014 zum öffentlichen Download eingestellt.

---

<sup>1</sup> Ausführlicher wird dies in den Kapiteln 5, 6, 7 und 12 erläutert.

**Energie-Atlas Bayern: „Dialog zu Klimaschutz und Energiewende in Kommunen“**

Unter dem Titel „Dialog zu Klimaschutz und Energiewende in Kommunen“ führte und führt das Bayerische Landesamt für Umwelt gemeinsam mit den Bezirksregierungen und der Bayerischen Energieagentur ENERGIE INNOVATIV Veranstaltungen zu den Instrumenten „Energiemanagement in kommunalen Liegenschaften“ (Frühjahr 2013) und „Energienutzungsplan und Energiekonzept“ (Herbst/Winter 2013) sowie „CO<sub>2</sub>-Bilanzierung“ (geplant für Ende 2014) jeweils in allen Regierungsbezirken durch.

Die Veranstaltungsreihen sind ein Projekt der Bayerischen Staatsregierung im Rahmen des Energie-Atlas Bayern ([www.energieatlas.bayern.de](http://www.energieatlas.bayern.de)), der zentralen Informationsplattform zur Umsetzung der Energiewende vor Ort und werden vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz gefördert. Weitere Kooperationspartner sind das Bayerische Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Innenministerium mit der Obersten Baubehörde sowie die kommunalen Spitzenverbände – der Bayerische Gemeindetag und der Bayerische Städtetag.

Die Erkenntnisse aus den Veranstaltungen dienen dazu, konkrete Umsetzungshilfen für die bayerischen Kommunen zu entwickeln und im Energie-Atlas Bayern zur Verfügung zu stellen.

## 2 Veranstaltungsprogramm

<b>Moderation:</b> Dr. Michael Joneck, Bayerisches Landesamt für Umwelt	
<b>09:00 Uhr</b>	<b>Begrüßung</b> Wolfgang Jäger, Regierung von Unterfranken Ralph Annau, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Katharina Schuster, Bayerische Energieagentur ENERGIE INNOVATIV
09:15	<b>Energiekonzepte und Energienutzungspläne – eine Einführung</b> Klaus Hecht, Ländliche Entwicklung – Bereich Zentrale Aufgaben Pablo Schindemann, Bayerisches Landesamt für Umwelt
09:35	<b>Plädoyer des Bayerischen Gemeindetages für die Erstellung von Energiekonzepten und Energienutzungsplänen</b> Josef Mend, 1. stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Gemeindetages
09:45	<b>Werkstattberichte</b> Anton Rüb, Markt Zelligen Elmar Henke, 1. Bürgermeister, Gemeinde Sommerach
<b>10:25 – 10:45</b>	<b>Kaffeepause</b>
10:45	<b>Thementische, Runde 1 &amp; 2</b> - <b>A/C:</b> Bestandserhebung, Potenzialanalyse / Interne Organisation, Zusammenarbeit mit externen Auftragnehmern - <b>B:</b> Konzeptentwicklung, Umsetzung von Maßnahmen - <b>D:</b> Interkommunale Kooperation, Stadt-Umland - <b>E:</b> Öffentlichkeitsbeteiligung (Bürger/Unternehmen)
<b>12:15 – 13:15</b>	<b>Mittagspause</b>
13:15	<b>Fortführung der Thementische, Runde 3 &amp; 4</b> Themen siehe bitte Programm Vormittag
<b>14:50 – 15:10</b>	<b>Kaffeepause</b>
15:10	<b>Aspekte der Förderung</b> Dr. Peter Wunsch, Bayern Innovativ Stefanie Thomuscheit, Amt für Ländliche Entwicklung Unterfranken
15:40	<b>Kurzbericht der Thementische</b> Moderatoren der Thementische
16:00	<b>Resümee</b> Dr. Michael Joneck, Bayerisches Landesamt für Umwelt
16:15	<b>Ende des offiziellen Programms</b>

### 3 Teilnehmerliste

Name	Vorname	Kommune/Institution
1. Aberle	Dagmar	Gemeinde Dittelbrunn
2. Altrichter	Bruno	Stadt Bad Neustadt a. d. Saale
3. Ammermann	Ursula	citycom
4. Annau	Ralph	Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz
5. Arnold	Arthur	Gemeine Euerbach
6. Braksiek	Eva	IK Allianz Oberes Werntal
7. Brautsch	Markus	Institut für Energietechnik IfE an der Hochschule Amberg-Weiden
8. Breunig	Mario	Landratsamt Miltenberg
9. Brodmerkel	Frank	Bayerische Verwaltungsschule, Grüne Welle Kommunikation
10. Busse	Marc	Stadt Aschaffenburg
11. Diepold	Florian	Technologie Campus Freyung
12. Ebert	Oskar	Gemeinde Rauhenebrach
13. Eberth	Thomas	Gemeinde Kürnach
14. Endres	Alfred	Gemeinde Waldbüttelbrunn
15. Endres	Manfred	Landratsamt Rhön-Grabfeld
16. Englbrecht	Katharina	Klärle GmbH
17. Epple	Sonja	citycom
18. Faulhaber	Volker	Gemeinde Kist
19. Fendt	Hans	Gemeinde Gessertshausen AK Energie
20. Fiederling	Hans	Gemeinde Waldbrunn
21. Frost	Felix	Konversionsmanagement Kitzinger Land
22. Fuchs	Rainer	Gemeinde Rottendorf
23. Gans	Brigitte	citycom
24. Gauer	Ulrich	Landratsamt Würzburg
25. Goldhammer	Richard	Gemeinde Bessenbach
26. Hallhuber	Reinhard	Markt Euerdorf
27. Hecht	Klaus	Ländliche Entwicklung – Bereich Zentrale Aufgaben
28. Hemmerlein	Antina	Regierung von Unterfranken
29. Henke	Elmar	Gemeinde Sommerach
30. Hoos	Andreas	Landratsamt Aschaffenburg
31. Jäger	Wolfgang	Regierung von Unterfranken
32. Joneck	Michael	Bayerisches Landesamt für Umwelt
33. Kern	Rainer	Regierung von Unterfranken
34. König	Michael	K.GREENTECH
35. Kopp	Ines	Amt für Ländliche Entwicklung Unterfranken
36. Kornell	Peter	Stadt Volkach
37. Kraus	Roland	Markt Schwarzach a. Main
38. Kunkel	Udo	Gemeinde Waldaschaff
39. Leber	Ulrich	Stadt Bad Neustadt a. d. Saale
40. Lechner	Johann	Regierung von Unterfranken
41. Lesser	Amelie	Technische Universität München
42. Mahrla	Madeline	K.GREENTECH
43. Malewski	Annika	Bayerisches Landesamt für Umwelt
44. Mend	Josef	Bayerischer Gemeindetag

45. Monhart	Erich	K.GREENTECH
46. Paulus	Stefan	Gemeinde Knetzgau
47. Pfriem	Martin	Markt Schwarzach a. Main
48. Restezki	Sebastian	ILE Region Weinsteiner Wald
49. Rösch	Julia	Regierung von Unterfranken
50. Rüb	Anton	Markt Zelligen
51. Rückert	Erhard	Landratsamt Schweinfurt
52. Schatz	Barbara	Bad Neustadt/Saale
53. Schindelmann	Pablo	Bayerisches Landesamt für Umwelt
54. Schmitt	Bernd M.	Stadt Würzburg CTW Wirtschaftsförderung
55. Schröder	Hubert	Gemeinde Grafenrheinfeld
56. Schumm	Mirjam	Green City Energy AG
57. Schuster	Katharina	Bayerische Energieagentur ENERGIE INNOVATIV
58. Siebert	Sven	citycom
59. Singer	Manfred	Stadt Ochsenfurt
60. Spieß	Jochen	Gemeinde Veitshöchheim
61. Staab	Sascha	Gemeinde Bessenbach
62. Tessmer	Rebecca	Gemeinde Waldbüttelbrunn
63. Thomscheit	Stefanie	Amt für <u>L</u> ändliche Entwicklung Unterfranken
64. Tögel	Martina	Bayerisches Landesamt für Umwelt
65. Wägelein	Bernhard	Regierung von Unterfranken
66. Wanger	Günther	Energieagentur Unterfranken e.V.
67. Weidinger	Ursula	Gemeinde Grafenrheinfeld
68. Wölfel	Torsten	Bayerisches Landesamt für Umwelt
69. Wolfshörndl	Stefan	Gemeinde Gerbrunn
70. Wunsch	Peter	Bayern Innovativ

## 4 Impressionen der Veranstaltung



Abb. 1: Wolfgang Jäger (Regierung von Unterfranken), Ralph Annau (Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz) und Dr. Katharina Schuster (Bayerische Energieagentur ENERGIE INNOVATIV) begrüßten die Teilnehmer.



Abb. 2: Ein Blick in das Plenum während der Einführungsvorträge.



Abb. 3: An den Thementischen konnten die Teilnehmer Erfahrungen zum ENP und EK austauschen.



Abb. 4: Auch während der Pausen gab es die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch.



Abb. 5: Die prägnantesten Ergebnisse der Thementischrunden wurden am Nachmittag im Plenum vorgestellt.



## 5 Kurzinformation: Energienutzungsplan und Energiekonzept

### 5.1 Energienutzungsplan

Ein Energienutzungsplan (ENP) ist ein strategisches Planungsinstrument für den Energiebereich, vergleichbar dem Flächennutzungsplan im Bereich der Raumplanung. Er gibt einen Überblick über die bestehende Energieinfrastruktur, die momentane sowie zukünftige Energiebedarfs- und Energieversorgungssituation sowie über die Potenziale für erneuerbare Energien in der Gemeinde in Form von Karten. Der ENP bildet somit die Basis, um Energieeinsparung, Energieeffizienz und die Umstellung auf erneuerbare Energieträger aufeinander abzustimmen.

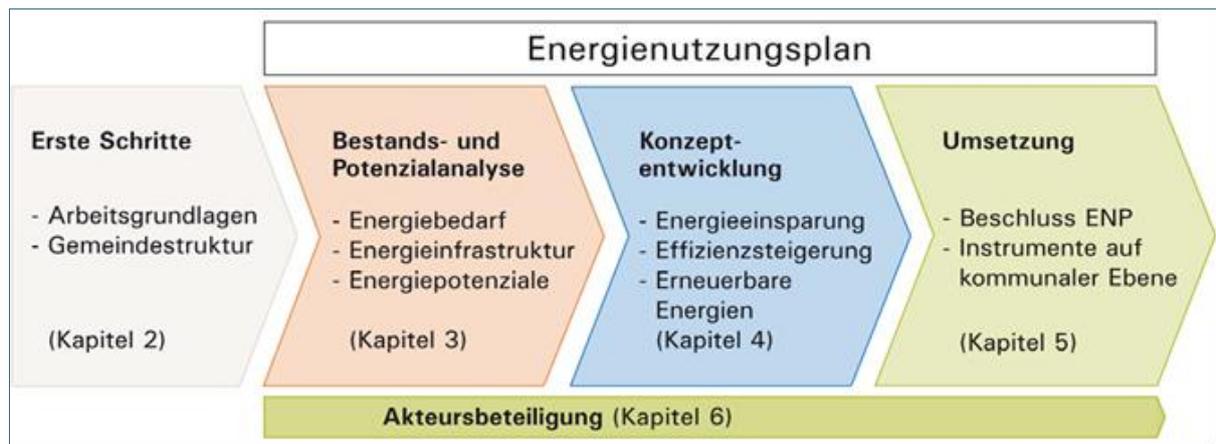


Abb. 6: Phasen bei der Erstellung eines ENPs.<sup>2</sup>

Der Ausgangspunkt eines ENPs wird durch die Bestands- und Potenzialanalyse gebildet, wobei der Energiebedarf, die Energieinfrastruktur und die Energiepotenziale einer Region einbezogen werden. Auf Basis dieser Analyse erfolgt die Entwicklung von Konzepten zur Energieeinsparung, Erhöhung der Energieeffizienz und dem Einsatz von erneuerbaren Energien. Das Ergebnis eines ENPs wird durch das Gesamtkonzept in Form von Karten und erläuternden Texten gebildet. Somit wird das Finden von optimalen Lösungen für die nachhaltige Entwicklung der Gemeinde erleichtert.

Die Erstellung eines ENPs wird durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie gefördert. Förderfähig sind die Kosten der Studie (Kosten für Planung, Durchführung und öffentlichkeitswirksame Präsentation der Studienergebnisse, z. B. in einer Bürgerversammlung), wobei der Fördersatz bis zu 70 % für kommunale Gebietskörperschaften beträgt.

Weitere Informationen erhalten Sie u.a. in dem „Leitfaden Energienutzungsplan“<sup>2</sup> und dem Energie-Atlas Bayern<sup>3</sup>.

<sup>2</sup> Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit (StMUG), Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (StMWIVT), Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern (OBB): Leitfaden zur Erstellung eines Energienutzungsplanes.  
[http://www.bestellen.bayern.de/application/stmug\\_app000002?SID=1308575284&ACTIONxSESSxSHOWPIC\(BILDxKEY:stmug\\_klima\\_00003,BILDxCLASS:Artikel,BILDxTYPE:PDF\)=Z](http://www.bestellen.bayern.de/application/stmug_app000002?SID=1308575284&ACTIONxSESSxSHOWPIC(BILDxKEY:stmug_klima_00003,BILDxCLASS:Artikel,BILDxTYPE:PDF)=Z)

<sup>3</sup> [www.energieatlas.bayern.de/kommunen/energienutzungsplan.html](http://www.energieatlas.bayern.de/kommunen/energienutzungsplan.html)

## 5.2 Energiekonzept

Die Erarbeitung eines Energiekonzeptes (EKs) kann sowohl im Rahmen einer Dorferneuerung, eines Gemeindeentwicklungsprozesses oder in der Integrierten Ländlichen Entwicklung gefördert werden. EKs sind daher immer Teil eines umfassenderen Entwicklungsprozesses in den ländlich strukturierten Gemeinden. Gerade die Energiewende bietet vielfältige neue Chancen für eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums, insbesondere zur zusätzlichen Wertschöpfung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen; diese Chancen gilt es in der Ländlichen Entwicklung zu nutzen. Die EKs haben deshalb Querbezüge zu anderen Themenfeldern der gemeindlichen Entwicklung, beispielsweise zu:

- Landnutzung und Kulturlandschaftsentwicklung: Der Ausbau der erneuerbaren Energien verändert Landnutzungen, hat Auswirkungen auf die Agrarstruktur und benötigt entsprechendes Flächenmanagement.
- Innenentwicklung: Der Ausbau von Nahwärmenetzen im Zusammenhang mit der Dorferneuerung führt nicht nur bautechnisch zu Synergien, sondern kann auch konzeptionell in die Entwicklung eines Dorfes oder einer Gemeinde integriert werden (v. a. auch im Hinblick auf die jeweilige demografische Entwicklung).

Eine Stärke der Ländlichen Entwicklung ist seit jeher ihre Umsetzungsorientierung. Die Hilfen bei der Umsetzung von EKs umfassen insbesondere:

- Beratung und Prozessmanagement,
- Flächenbereitstellung im Rahmen der Bodenordnung,
- Erschließung,
- Koordination von Baumaßnahmen sowie
- finanzielle Förderung.

Ein weiteres wesentliches Kennzeichen der EKs ist die intensive Einbindung der Menschen. Die bewährten Methoden der Bürgerbeteiligung in der Dorferneuerung und der Gemeindeentwicklung bieten die Grundlage dafür, dass Gemeinden, Bürger, alle Wirtschaftsbeteiligten und ganz besonders die Landwirte gemeinsam Visionen und Leitbilder, aber auch ganz konkrete Ziele und Maßnahmenkonzepte erarbeiten können. Dies trägt auch ganz erheblich zur Verbesserung der Akzeptanz bei.

Bürgerbeteiligung im Rahmen eines EKs heißt aber auch, die Menschen vor Ort in die Lage zu versetzen, bei der Erschließung des lokalen Energiepotenzials selbstbestimmt und aktiv mitwirken zu können. Im Rahmen der Erstellung und Umsetzung wird deshalb versucht, Strukturen der Selbsthilfe auf den Weg zu bringen (Bürgerenergiegesellschaften). Sie befähigen handlungs- und investitionsbereite Menschen in den ländlichen Räumen dazu, die örtlichen Energiepotenziale zu sichern und sie gemeinschaftlich auszuschöpfen.

Insgesamt gesehen beinhalten EKs im Rahmen der Ländlichen Entwicklung nicht nur einen fachlich-planerischen Teil, sondern sind bürger- und umsetzungsorientiert auf die Gesamtentwicklung von ländlichen Gemeinden ausgerichtet.

## 5.3 Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Grundsätzlich sind die Phasen des Vorgehens bei dem ENP und EK gleich, die Beweggründe für die Schaffung von Planungsgrundlagen auf der örtlichen Ebene sind jedoch vielfältig und unterschiedlich ausgeprägt. In dieser unterschiedlichen Ausprägung ist teilweise begründet, dass verschiedene Planungsinstrumente genutzt werden. Diese sind neben dem ENP und dem EK auch das Integrierte Kli-

maschutzkonzept nach der Kommunalrichtlinie des Bundesumweltministeriums. Letzteres wird in dieser Veranstaltung nicht weiter thematisiert.

### **Abgrenzungsmerkmale zwischen dem ENP und dem EK sind unter anderem:**

- Bei dem EK ist die Einbindung der örtlichen Akteure von Anfang an ein fester Bestandteil. Bei dem ENP ist dies nicht verpflichtend, wird aber empfohlen.
- Bei dem EK wird insbesondere das Ziel verfolgt, prozessbegleitend konkrete Maßnahmen und Projekte auf den Weg zu bringen. Bei dem ENP sollen übergeordnete energetische Planungsziele aufgezeigt werden und für identifizierte Teilbereiche Maßnahmenempfehlungen mit Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen gegeben werden. Diese bilden dann die Grundlagen für weitere Fachplanungen.
- Ein explizites Ziel des EKs ist zudem, die Wertschöpfung im ländlichen Raum zu steigern. Dabei wird die Beteiligung der Bürger an Energieerzeugungsanlagen (z. B. Bürgerenergiegenossenschaften) befürwortet.
- Die Verortung von Energieinfrastruktur und Energiepotenzialen wird insbesondere bei dem ENP vorgenommen. Daher ist der Stellenwert räumlich aufgelöster Daten bei dem ENP deutlich höher.
- Eine Förderung für den ENP kann jede Kommune beantragen. Für die Förderung für das EK der Ländlichen Entwicklung ist zukünftig erforderlich, dass ein Zusammenhang mit einem Vorhaben der Ländlichen Entwicklung gegeben ist.
- Bei dem EK der Ländlichen Entwicklung wird die Kommune prozessbegleitend durch das Amt für Ländliche Entwicklung bzw. eine beauftragte Stelle unterstützt.

### **Gemeinsamkeiten zwischen dem ENP und dem EK sind unter anderem:**

- Beide Instrumente sind grundsätzlich so angelegt, dass die interkommunale Kooperation gewünscht und gefördert wird.
- Bei beiden Instrumenten muss sich die Kommune im Vorfeld bewusst werden, welches Wissen in der Kommunalverwaltung genutzt und aufgebaut werden soll und welche freien Kapazitäten bei dem Personal dafür zur Verfügung stehen (müssen).
- Die Kommune muss sich frühzeitig bewusst werden, welche Datengüte für sie erforderlich ist, damit am Ende die Ergebnisse auch belastbar für weitere Planungen, Projektbeschlüsse etc. sind.

Bei beiden Instrumenten sollte die Kommune darauf achten, dass ein für sie zeitlich und finanziell leistbarer Aufwand betrieben wird und dass die Fortschreibung der erhobenen Daten künftig auch durch die Verwaltung leistbar ist.

## 6 Vortrag: Energiekonzepte und die Förderung durch die Ämter für Ländliche Entwicklung

### 6.1 Klaus Hecht



Koordination der Fachberater an den Ämtern für Ländliche Entwicklung

Bereich Zentrale Aufgaben  
Bayerische Verwaltung für Ländliche Entwicklung  
Sachgebiet Landespflege und Landnutzung  
Infanteriestraße 1  
80797 München

089 1213-1542  
klaus.hecht@bza.bayern.de  
www.landentwicklung.bayern.de

#### Die Erstellung eines EKs erzielt meiner Meinung nach folgende Effekte:

- Systematischer Schritt zu einer ganzheitlichen und maßgeschneiderten Energieplanung als Entscheidungsgrundlage und Planungshilfe
- Bündelung der bisherigen Aktivitäten und Einzelprojekte im Energiebereich
- Steuermöglichkeiten für die Entwicklung des Ausbaus der erneuerbaren Energien und Energieeffizienz
- Generierung von Wertschöpfung (Gründung von Bürgerenergiegesellschaften)
- Versorgungssicherheit, Wertschöpfung Klimaschutz und Imagegewinn als wichtiger Standortfaktor

#### Aus meinen bisherigen Erfahrungen würde ich anderen Kommunen empfehlen, besonders auf Folgendes zu achten:

Das EK soll folgende Kernelemente beinhalten und möglichst ganzheitlich und umsetzungsorientiert erarbeitet werden:

- Energiebilanz im Ist-Zustand mit Situationsanalyse
- Potenzialbetrachtungen zu erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung
- Flächenmanagement
- Querbezug zur gemeindlichen und übergemeindlichen Gesamtentwicklung (Landnutzung und Innenentwicklung)
- Aufzeigen von Fördermitteln
- Maßnahmenpaket mit Priorisierung und Kostenschätzung

Die Bürger sollten bei der Erstellung eines EKs von Beginn an eingebunden werden, dies schafft Akzeptanz und Vertrauen.

## 6.2 Zusammenfassung des Vortrags

### Auftrag der Ländlichen Entwicklung

Als Auftrag der Ländlichen Entwicklung wird gesehen, den ländlichen Raum zu entwickeln, einen vitalen ländlichen Raum zu bewahren und die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in den Städten und auf dem Land zu sichern. Die Gemeinden, Bürger, Landwirte und Wirtschaftsbeteiligte werden somit durch die folgenden Instrumente unterstützt:

- Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE)
- Dorferneuerung
- Flurneuordnung

Es werden übergemeindliche Allianzen zum Aufbau von Netzwerken, zur Lösung gemeindeübergreifender Herausforderungen und zur Erhöhung der Wertschöpfung in der Region gefördert und begleitet.

### Warum engagiert sich die Ländliche Entwicklung in der Energiewende?

In vielen Projekten der ländlichen Entwicklung spielt Energie eine wichtige Rolle und auch die Bürger benötigen Unterstützung. Der ländliche Raum bietet die wesentlichen Flächenpotenziale für die Erzeugung von Energie aus regenerativen Quellen, sei es aus Biomasse oder über Wasserkraft, Wind- und Solaranlagen. Daher wird ihm bei der Energiewende eine besondere Bedeutung zugeschrieben. Die Energiewende bietet somit vielfältige Chancen für eine nachhaltige Gemeindeentwicklung und die Entwicklung des ländlichen Raums:

- Möglichkeiten für neue oder erhöhte Wertschöpfung
- Schaffung von Arbeitsplätzen
- Chancen für die Landwirtschaft

Die Energiewende benötigt eine aktive Steuerung durch die Kommunen. Aus diesem Grund begleitet die Verwaltung für Ländliche Entwicklung in ihren Projekten ländliche Gemeinden und deren Bürger bei der Erarbeitung und Umsetzung von kommunalen EKs.



Abb. 7: Klaus Hecht während des Vortrags.

### Förderung der EKs

EKs sind im Rahmen der Aktion „100 Energieneutrale Gemeinden“ für ländlich strukturierte Gemeinden mit 75 % förderfähig, maximal jedoch mit 30.000 €. Diese Aktion ist zwar mittlerweile abgeschlossen, aber auch jetzt können noch EKs für Gemeinden und Gemeindezusammenschlüsse gefördert werden. Eine Voraussetzung für die Antragstellung ist allerdings, dass die Gemeinden sich bereits in einem Verfahren der Ländlichen Entwicklung befinden (z. B. Dorferneuerung).

### Inhalte von EKs

Es werden Analysen der Energiebilanz im Ist-Zustand mit Situationsanalyse sowie Potenzialbetrachtungen zu erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung durchgeführt. Darauf aufbauend erfolgt eine Konzeptentwicklung in den Bereichen Energiegewinnung, Energieeffizienz und Energieeinsparung.

Ein wichtiger Aspekt ist die intensive Einbindung der Bürger von Beginn an, denn dies erhöht die Akzeptanz und schafft Vertrauen. Ein weiteres wichtiges Merkmal von EKs ist die Umsetzungsorientierung, sodass letztendlich auf ein Maßnahmenpaket mit Priorisierung und Kostenschätzung hingearbeitet wird.

tet wird. Im Zuge dessen sollen auch die Fördermittel optimiert und die zur Verfügung stehenden Flächen sinnvoll gemanagt werden.

### Vorteile für die Gemeinden

Die Erstellung eines EKs ist ein systematischer Schritt zu einer ganzheitlichen und maßgeschneiderten Energieplanung und dient als Entscheidungsgrundlage und Planungshilfe. Die bisherigen Aktivitäten und Einzelprojekte werden gebündelt und es ergeben sich zudem Steuermöglichkeiten für die Entwicklung des Ausbaus von erneuerbaren Energien. Durch das EK wird die Generierung von Wertschöpfung gefördert, z. B. durch die Gründung von Bürgerenergiegesellschaften. Weitere ausschlaggebende Vorteile sind die Erhaltung der Versorgungssicherheit und der Imagegewinn als wichtiger Standortfaktor.

## 7 Vortrag: Energiekonzept & Energienutzungsplan – eine Einführung

### 7.1 Pablo Schindelmann



Bayerisches Landesamt für Umwelt  
Ref. 17: Klimawandel, kommunaler Umweltschutz  
Hans-Högn-Str. 12  
95030 Hof

09281 1800-4682  
pablo.schindelmann@lfu.bayern.de  
www.lfu.bayern.de

#### Die Erstellung eines ENPs/EKs erzielt meiner Meinung nach folgende Effekte:

Die Gemeinde gewinnt Einblick in die Energieverteilung und -nutzung vor Ort.

Auf dieser Informationsgrundlage kann sie prüfen, wie sie für sich die kommunale Daseinsvorsorge versteht und in welchen Bereichen sie sich bei den Themen Energie und Klimaschutz engagieren will.

#### Aus meinen bisherigen Erfahrungen würde ich anderen Kommunen empfehlen, besonders auf Folgendes zu achten:

Die Gemeinde sollte sich im Vorfeld bewusst werden, welche Zielsetzungen sie kurz-, mittel- und langfristig verfolgt und in welchen Rollen (Planer, Berater, Vorbild, Motivator, ...) sie aktiv werden will und personell auch werden kann.

### 7.2 Zusammenfassung des Vortrags

Die Kommunalverwaltungen sind in den letzten Jahren beim Klimaschutz stark gefordert worden. So gilt es, die Erfordernisse aus überörtlichen Planungsprozessen und Vorgaben der Bundes- und Landespolitik zu beachten und andererseits die konkreten Maßnahmen auf der örtlichen Ebene zu koordinieren. Dies erfordert von den Kommunalverwaltungen, dass sie einerseits die Situation in der Gemeinde mit aggregierten Daten beschreiben und andererseits auf räumlich hochauflösende, detaillierte Informationen zugreifen kann. Zudem steigt der Stellenwert der interkommunalen Abstimmung und der Öffentlichkeitsbeteiligung. Je nachdem, auf welcher planerischen Ebene die Kommune gefordert

ist, ist festzulegen, mit welcher Datengüte gearbeitet werden soll, d.h. auf einem eher aggregierten oder einem eher detaillierten Niveau.

Um trotz dieser Herausforderungen effektiven Klimaschutz betreiben zu können und zudem weitere Ziele, wie z. B. die Erhöhung der regionalen Wertschöpfung, verfolgen zu können, gibt es für Kommunen verschiedene Förderinstrumente:

- Der ENP mit Förderung durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie.
- Das EK mit Förderung durch das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.
- Das Klimaschutzkonzept (KSK) mit Förderung durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Der grobe Ablauf ist bei allen drei Instrumenten vergleichbar. Nach einer Bestands- und Potenzialanalyse erfolgt eine Konzeptentwicklung, aus der dann Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden.

Dennoch sind im Einzelnen Unterschiede feststellbar. Bei dem ENP ist der Einbezug der Öffentlichkeit im Sinne einer Akteursbeteiligung zwar gewünscht, die Kosten sind allerdings nur in einem begrenzten Rahmen förderfähig. Im Gegensatz dazu ist die Einbeziehung der Öffentlichkeit bei dem EK und dem KSK ein integraler Bestandteil und wird somit auch stärker gefördert. Eine weitere Besonderheit des EKs ist, dass die Umsetzungsorientierung und der Wunsch, die Umsetzung durch die Akteure voranzubringen, sehr ausgeprägt sind. Bei dem KSK ist zu erwähnen, dass hier auch Daten zu Verkehr und Konsum mit einbezogen werden.

Auch bei den Ergebnissen werden unterschiedliche Akzente gesetzt. Bei dem ENP erhalten Wirtschaftlichkeitsaussagen einen sehr hohen Stellenwert, sodass strategische Entscheidungen zur zukünftigen Energienutzungsplanung getroffen werden können. Ein Hauptziel des EKs ist es, bereits durch die Umsetzung konkreter Projekte die regionale Wertschöpfung zu erhöhen und den ländlichen Raum zu stärken. Bei dem KSK wird zudem eine kommunale CO<sub>2</sub>-Bilanz erstellt und ein Monitoring-System aufgebaut, um den Klimaschutz in der Kommune zu verankern.

Tendenziell lässt sich sagen, dass sowohl der ENP als auch das KSK eher auf der strategischen, das EK eher auf der operativen Handlungsebene hilfreich sind. Bei der Wahl des für die Kommune sinnvollsten Instrumentes sollte sie sich im Klaren sein, welche Rolle sie einnehmen will. Will sie eher individuelle Maßnahmen fördern, also z. B. Hausbesitzer informieren, dass sie bestimmte Dinge tun? Oder will sie eher Maßnahmen im Verbund ergreifen und die Energieversorgung und Netzstrukturen in die eigene Hand nehmen? Bei letzterem erhält die räumliche Verortung von Daten einen hohen Stellenwert, die eine Besonderheit des ENPs ist. Hier werden ausgehend von Bestandskarten mit z. B. siedlungsstrukturellen Merkmalen Wärmebedarfsdichtekarten erstellt, die nicht nur den Ist-Zustand, sondern auch Zukunftsszenarien abbilden. Damit werden Karten der Infrastruktur verschnitten und auch die Potenziale für erneuerbare Energien dargestellt. Auf dieser Grundlage kann auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten ermittelt werden, welche Konzepte in welcher räumlichen Konstellation Sinn machen.



Abb. 8: Pablo Schindelmann während des Vortrags.

Aus unserer Sicht werden die Themen Energiewende und Klimaschutz die Kommunen noch einige Zeit begleiten und es ist daher wichtig, dass kommunale Verwaltungen ihr Wissen in den eigenen Reihen auf- und ausbauen. Wir raten zudem zu einem gewissen Pragmatismus: Legen Sie möglichst

zu Beginn fest, was Sie mit dem ENP/EK bezwecken wollen und welche Datengenauigkeit dafür vonnöten ist. Ermitteln Sie dann, wieviel Energie und Arbeitskapazitäten Sie aufbringen können und prüfen Sie, ob damit für Ihre weiteren Überlegungen eine belastbare Grundlage geschaffen wird.

Aus diesem Grund unser Appell: Beschäftigen Sie sich im Vorfeld intensiv mit den Instrumenten und schielen Sie nicht nur auf die Förderung. Es ist ein bewiesenes Beratungsdilemma, dass es unnötig Geld kostet, wenn nicht klar ist, wer den Untersuchungsrahmen absteckt: Die beauftragende Kommune, oder der Auftragnehmer. Es empfiehlt sich daher auch, sich für die Erstellung des Leistungsverzeichnisses externe Unterstützung zu suchen, insbesondere die Fördermittelberatungsstellen mit möglichst detaillierten Fragen zu kontaktieren.

## 8 Vortrag: Plädoyer für lokale Energienutzungspläne

### 8.1 Josef Mend



1. Bürgermeister / Vizepäsident  
Stadt Iphofen / Bayerischer Gemeindetag  
Am Bahnhof 3  
97346 Iphofen

09323 8715 20  
Josef.mend@vgem.iphofen.de  
www.iphofen.de

#### **Die Erstellung eines ENPs/EKs erzielt meiner Meinung nach folgende Effekte:**

ENP mit Leitfaden und Handlungsempfehlungen ist ein kommunales Planungsinstrument um Maßnahmen zur Energieeinsparung, Effizienzsteigerung und Nutzung erneuerbarer Energien gezielt zu entwickeln und aufeinander abzustimmen.

#### **Aus meinen bisherigen Erfahrungen würde ich anderen Kommunen empfehlen, besonders auf Folgendes zu achten:**

- auf Bedürfnisse/Einwände der Grundstückseigentümer achten
- Selbstverpflichtung der Gemeinde ernst nehmen
- Verantwortung für künftige Generationen erkennen
- neutrale Beratung

### 8.2 Zusammenfassung des Vortrags

Der Bayerische Gemeindetag spricht sich für die Erstellung von ENPs durch die Gemeinden aus. Hier handelt es sich um ein zweckmäßiges informelles Planungsinstrument, um geeignete Maßnahmen zu der Umsetzung der Energiewende zu entwickeln. Der ENP ist besonders für die Vorbereitung von Maßnahmen geeignet, die auf einen größeren räumlichen Bereich zielen und mehrerer Akteure bedürfen. Beispiele sind Nahwärmenetze und energetische Sanierungen von Ortsteilen.

Der ENP sollte bestimmten Standards genügen, um tatsächlich den Gemeinden hilfreich zu sein. Der Bayerische Gemeindetag hat zu diesem Zweck 2012 eine Arbeitsgemeinschaft ins Leben gerufen. Diese hat ein Beispiel für einen guten ENP entwickelt, der in dem Mitgliederbereich des Internetauftritts des Gemeindetags abrufbar ist. Die Arbeitsgemeinschaft nimmt Planungsbüros, Energieagenturen und sonstige Ersteller von ENPs als Mitglieder auf, soweit sie sich an diesem Beispiel orientieren.

Entscheidend aus Sicht des Gemeindetags ist die Maßnahmenorientiertheit des ENPs. Deshalb hat am Ende des Plans eine Maßnahmenempfehlung für die örtlichen Entscheidungsträger zu stehen. Diese setzt neben einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung eine Akteursbeteiligung voraus. Zwar umfasst ein guter ENP anders als ein Klimaschutzkonzept keine breite Öffentlichkeitsbeteiligung. Jedoch werden in der Regel Maßnahmen betrachtet, die die Gemeinde nicht in alleiniger Zuständigkeit umsetzen kann. Die frühzeitige Einbeziehung der Betroffenen, z. B. möglicher Anschlussnehmer eines Wärmenetzes, ist damit Teil der Machbarkeitsabschätzung.



Abb. 9: Josef Mend während des Vortrags.

Die Maßnahmenempfehlung soll auf Basis einer fundierten Betrachtung der energetischen Ausgangssituation erfolgen. Dies setzt eine Erfassung der örtlichen Energieverbräuche und der Erzeugungssituation voraus. Für die Maßnahmen selbst sind sowohl die energetischen Einsparpotenziale, wie auch die örtlichen Erzeugungsmöglichkeiten auf Basis erneuerbarer Energien zu betrachten.

Auch wenn die Maßnahmenempfehlung sich in der Regel auf vor Ort umzusetzende Projekte bezieht, bestehen Möglichkeiten für interkommunale Zusammenarbeit. Insbesondere die Erfassung der Grunddaten (Verbräuche, Erzeugungssituation, Einspar- und Erzeugungspotenziale) lässt sich über eine gemeinsame Beauftragung eines ENPs oftmals effizienter bewerkstelligen.

## 9 Vortrag: Werkstattbericht Markt Zellingen

### 9.1 Anton Rüb



Geschäftsleitender Beamter  
Verwaltungsgemeinschaft Zellingen  
Würzburger Str. 26  
97225 Zellingen

09364 807220  
post@vgem-zellingen.de  
www.vgem-zellingen.de

**Die Erstellung eines ENPs/EKs erzielt meiner Meinung nach folgende Effekte:**  
Transparenz der Energiesituation im Gemeindebereich.

## 9.2 Zusammenfassung des Vortrags

Der Markt Zellingen liegt in dem unterfränkischen Landkreis Main-Spessart. Er zählt etwa 6.300 Einwohner, hat eine Fläche von gut 41 km<sup>2</sup> und ist Mitgliedsgemeinde der Verwaltungsgemeinschaft Zellingen.

### Ausgangssituation

Die Idee zu der Erstellung eines ENPs kam aus dem Ansporn heraus, anstelle von vielen Einzelmaßnahmen ein übergeordnetes, koordinierendes Planungsinstrument zu erhalten. Welche Situation liegt in der Gemeinde eigentlich vor? Welche Maßnahmen und Konzepte sind in diesem Zusammenhang am sinnvollsten? Der Beschluss zu der Erstellung des ENPs erfolgte schließlich durch den Marktgemeinderat.

Eine nächste wichtige Frage ist: Wer macht es denn? Man spricht in diesem Zusammenhang auch oft von dem „Kümmerer“, denn alle guten Vorsätze nützen nichts, wenn sich keiner kümmert. So fiel diese Rolle recht bald mir zu.

### Ausschreibung und weitere vorbereitende Maßnahmen

Die Ausschreibung erfolgte im Juli 2012. Von den sieben angeschriebenen Firmen schickten fünf ein Angebot. Es ergaben sich jedoch schon hier Probleme, da diese Angebote teils nicht vergleichbar waren. Dies rührte zu einem großen Teil daher, dass in der Ausschreibung lediglich gefordert wurde, einen ENP in Anlehnung an den „Leitfaden Energienutzungsplan“<sup>4</sup> zu erstellen. Vielmehr hätte es aber konkretere Anforderungsbeschreibungen und Eingrenzungen geben müssen. Denn, da der Leitfaden sehr umfangreich ist, waren die Angebote auch dementsprechend umfangreich und auf unterschiedliche Schwerpunkte fixiert. Insbesondere zu den Umsetzungsvorschlägen mittels neu zu beschaffender GIS-Lösungen bestand erheblicher Klärungsbedarf. Eine Beschaffung einer eigenen GIS-Lösung wurde nicht für möglich gehalten, da hierfür die Verwaltungsgemeinschaft sowohl für die Kosten als auch für die Auswahl zuständig ist. Die zu erhebenden Daten müssen als Shapedateien für die Integration in verschiedene GIS-Programme geeignet sein.

Für die Vergabe des Auftrags wählte der Gemeinderat drei Firmen aus, mit denen Einzelgespräche im Rathaus geführt wurden. Hierbei wurden sowohl die Vorgaben des „Leitfadens Energienutzungsplan“ als auch die praktische Umsetzung besprochen. Vorbehaltlich einer Förderungszusage wurde die Firma Green City Energy AG München ausgewählt.

Die Förderung wurde schließlich im Mai 2013 durch das Innovations- und Technologiezentrum Bayern für einen Zeitraum bis Mai 2014 bewilligt. Im August 2013 wurden vorbereitende Gespräche zur Absteckung des Untersuchungsrahmens und der Festlegung von Terminen mit Green City Energy durchgeführt. Bereits jetzt ist jedoch erkennbar, dass sich die Terminabwicklung verzögert.

### Zusammenarbeit mit Dritten

Bei der Datensammlung war es von Vorteil, dass alle Heizungsanlagenbesitzer aller drei Ortsteile in den Zuständigkeitsbereich eines einzigen Kaminkehrers fallen, mit dem darüber hinaus bereits ein sehr partnerschaftliches Verhältnis bestand. Ein weiterer Vorteil war, dass die Gemeinde durch die eigenen Werke selbst Energieversorger für Strom ist und viele Daten damit leicht zugänglich waren.

<sup>4</sup> Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit (StMUG), Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (StMWIVT), Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern (OBB): Leitfaden zur Erstellung eines Energienutzungsplanes.

[http://www.bestellen.bayern.de/application/stmug\\_app000002?SID=1308575284&ACTIONxSESSxSHOWPIC\(BILDxKEY:stmug\\_klima\\_00003,BILDxCLASS:Artikel,BILDxTYPE:PDF\)=Z](http://www.bestellen.bayern.de/application/stmug_app000002?SID=1308575284&ACTIONxSESSxSHOWPIC(BILDxKEY:stmug_klima_00003,BILDxCLASS:Artikel,BILDxTYPE:PDF)=Z)

## Nächste Schritte

Als einer der nächsten Schritte müssen die großen Energieverbraucher angeschrieben werden, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Weiterhin sind die Leistungen der vorhandenen KWK-Anlagen sowie die Potenziale für erneuerbare Energien zu ermitteln. Für die Solarenergie kommen hier besonders die Dachflächen und die Flächen entlang der Bahnlinie infrage.

Um die Akzeptanz für mögliche Maßnahmen bei den Bürgern zu erhalten bzw. zu erhöhen, sollen sie durch Bürgerversammlungen beteiligt werden. Nach der Erstellung des Maßnahmenkatalogs soll zudem über eine Finanzierung der Maßnahmen unter Einbeziehung der Bürger nachgedacht werden.

Für die Zeit nach der Erstellung des ENPs werden zudem bereits Überlegungen für die Erstellung eines integriertes Energie- und Klimaschutzkonzepts angestellt.

Abschließend muss noch betont werden, dass den Gemeinden auf dem Weg zur Energiewende viele Hürden in den Weg gelegt werden, z. B. durch unklare politische Rahmenbedingungen bei der Ausweisung von Flächen für Windenergieanlagen.

## 10 Vortrag: Werkstattbericht Gemeinde Sommerach

### 10.1 Elmar Henke



1. Bürgermeister  
Gemeinde Sommerach am Main  
Kirchplatz 3  
97334 Sommerach

09381 1229  
gemeinde@sommerach.de  
www.sommerach.de

#### **Die Erstellung eines ENPs/EKs erzielt meiner Meinung nach folgende Effekte:**

Beinhaltet Bestandserhebung und Situationsanalyse, Ermittlung des Wärmebedarfs und Stromverbrauchs, Potenzialanalyse und die Prüfung der Ressourcen auf den Standort bezogen. Dies ist die Voraussetzung für eine Planung zur Sicherstellung einer zuverlässigen, wirtschaftlichen und umweltverträglichen Energieversorgung.

#### **Aus meinen bisherigen Erfahrungen würde ich anderen Kommunen empfehlen, besonders auf Folgendes zu achten:**

Die Bürger rechtzeitig in das Vorhaben mit einzubeziehen und zu beteiligen. Denn die besondere Qualität des Konzeptes ist vom Mitwirken der Bürgerschaft und einem klug agierenden Ingenieur- bzw. Architekturbüro geprägt.

## 10.2 Zusammenfassung des Vortrags

Die Erkenntnis des „Club of Rome“ von 1991, „Das Energieproblem ist für die Welt so wichtig, dass die besten Köpfe und umfassende Mittel eingesetzt werden müssen“, hat die Verantwortlichen der Gemeinde Sommerach bei allen Unternehmungen mit dem Ziel, eine gemeinschaftliche, nachhaltige und CO<sub>2</sub>-freie Wärmeversorgung zu errichten, begleitet.

Die Gemeinde liegt in dem unterfränkischen Landkreis Kitzingen und hat gut 1.300 Einwohner sowie eine Fläche von knapp 6 km<sup>2</sup>. Die Grundlage für das gemeinsame Vorgehen ist das Dorf-Leitbild bzw. die neun Thesen, die die Zukunft sichern, aus dem Jahr 2000. Das im Rahmen einer Bürgerversammlung erarbeitete Leitbild setzt die „Gemeinschaft“ an die zweite Stelle. Begründet wurde dieser bedeutende Rang mit den Weichenstellungen in den vergangenen Jahrzehnten. Denn die Gründung der Raiffeisenbank (1868) und der Winzergenossenschaft (1901), die Errichtung der Wasserversorgung (1903), der Beitritt zur regionalen Energieversorgungsgenossenschaft (1910), der Beginn der Weinbergs-Flurneuordnung (1950), die Aufstellung des Dorfsanierungsprogramms (2000) und die Errichtung der „Tropfbewässerungsanlage“ in den Weinbergen (2002, größte zusammenhängende Anlage Europas) war nur möglich wegen der Bereitschaft sehr vieler, weitblickender Bürger – eben der Gemeinschaft.

### Kommunales Energiemanagement

Getreu den Erfahrungen, nur in der Gemeinschaft kann sich das Dorf zeitgemäß entwickeln, stellen sich die Bürger den Herausforderungen der Energiewende und nehmen die nötigen Veränderungen selbst in die Hand. In der Zeit von 1995 bis 2001 förderte die Gemeinde Bürger, die Solarstrom oder Solarwärme auf ihren Dächern erzeugten. Im Jahr 2000 installierte die Gemeinde eine Solarstromanlage auf dem Schuldach, später kam noch eine Bürgersolaranlage dazu. Ergänzend sei noch erwähnt, dass ab 2002 die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf verbrauchsarme Leuchtmittel erfolgte.

Im Bereich der Wärmeversorgung bildeten sich 2005 Bürgergemeinschaften, um Versorgungskulissen mit regenerativen Energieträgern auszuloten. Daraus entstand 2007 die Biomasse Weininsel GbR, an der sich im südöstlichen Dorfgebiet 14 Anlieger beteiligten. Angeregt durch die Bürgergemeinschaften folgte 2009 durch die Gemeinde eine groß angelegte Umfrage in Bezug auf die regenerative Wärmeversorgung unter der Bevölkerung. Das Ergebnis von 70 % Interesse bzw. Zustimmung leiteten einen neuen Prozess bis hin zur Gründung einer Bio-Energie-Genossenschaft, genannt BioEnergiedorf Sommerach eG, im April 2010 ein. Zudem richtete der Gemeinderat einen Energieausschuss ein.

### BioEnergiedorf eG

In nur wenigen Monaten hatte die neu gegründete Genossenschaft über 120 Mitglieder. Die engagierten Mitglieder im Vorstand und Aufsichtsrat untersuchten eine Vielzahl von Energieträgern. Ständig und aktuell informierte die Genossenschaft ihre Mitglieder und die Bevölkerung über die Ergebnisse.

Vorteil der Genossenschaft war, dass ein Mitglied im Vorstand als anerkannter Fachmann im Bereich der erneuerbarer Energien eine Machbarkeitsstudie erstellen konnte, die sich auf den Energieträger Hackschnitzel konzentrierte. Das Ergebnis der Studie ergab, dass bei einer Teilnehmerzahl von mindestens 170 Abnehmern die Anschlusskosten ca. 13.000 € betragen. Dies war dann für viele Interessenten Anlass, die Form der Energieversorgung zu überdenken, zumal die kalkulierten Kosten für die Beschaffung des Hackguts zwischenzeitlich um mehr als 20 % höher angesetzt werden mussten. Die Realisierung einer gemeinsamen Wärmeversorgung rückte plötzlich in eine ferne Zukunft.

### Energiekonzept

Just zu diesem Zeitpunkt wurde bekannt, dass das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ein Förderprogramm für die Erstellung von EKs auflegen werde. Mit dem

Tag der Bekanntmachung des Förderprogramms am 29. Mai 2012 hatte sich die Gemeinde bei der zuständigen Behörde, dem Amt für Ländliche Entwicklung Unterfranken, beworben. Der Gemeinderat sowie die Mitglieder der BioEnergiedorf eG und weitere Interessenten sahen darin eine Perspektive für das gemeinsame Projekt, weil alle Beteiligten unverändert an die gemeindliche Wärmeversorgung glauben.

Nach Eintreffen des Förderbescheids wurde die Erstellung des EKs ausgeschrieben. Vier Fachplaner wurden zur Abgabe eines Angebotes mit folgenden Vorgaben (Situationsanalyse, Potenzialerhebung, Möglichkeiten der Energieeffizienzsteigerung bzw. Energieeinsparung, Aufzeigen des Ausbaus der erneuerbaren Energien, Maßnahmen- und Projektplan, intensive Beteiligung der Bürger) aufgefordert.

Nach Prüfung der Angebote, auch durch das Amt für Ländliche Entwicklung Unterfranken, erteilte am 19. November 2012 der Gemeinderat den Auftrag zu Erstellung des EKs an das Architekturbüro Haa-se (Karlstadt).

Da die Gemeinde im Rahmen der Städtebauförderung nahezu zeitgleich die Erstellung eines „Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes“ (ISEK) an den Städteplaner Schröder (Schweinfurt) in Auftrag gegeben hatte, konnten bei der Datenerhebung Synergien genutzt werden. Dank der guten Unterstützung durch den Stromversorger ÜZ-Lülsfeld, den Kaminkehrer und den Gasversorger GasUf Unterfranken konnte die Datenerhebung nach zwei Monaten fertiggestellt werden. Im Bereich der Daten über Bevölkerung und Gebäudestrukturen haben die Architekturbüros einander zugearbeitet. Die Angaben über Gewerbe-, Handwerks- und Weinbaubetriebe stellte die Kommune zur Verfügung.

### Ergebnisse des EKs

Das erste Zwischenergebnis konnte dank der sehr guten und zeitnahen Zusammenarbeit bereits am 25. März 2013 dem Gemeinderat vorgestellt werden. Dass dieser Zwischenschritt notwendig war, zeigte sich vor allem daran, dass der Planer über viele Details der Örtlichkeit zusätzlich informiert werden konnte. Am 10. Mai 2013 folgte ein Bürgerworkshop zum Thema EK und ISEK. Auch diese Zusammenkunft brachte eine Reihe von Aspekten und Anregungen für die weitere Vorgehensweise, die die Planer als Hausaufgabe mitbekamen. Nach Einarbeitung der Vorschläge stellte das Büro Haa-se am 27. Mai 2013 den aktuellen Entwurf der BioEnergiedorf eG und dem Gemeinderat vor, mit dem Ziel, das abschließende Konzept im Rahmen einer Bürgerversammlung vorzustellen. Diese fand am 18. Juli 2013 statt. An der Informationsveranstaltung nahmen 215 BürgerInnen teil.

Das Ergebnis der Studie gliedert sich in folgende drei Bereiche:

1. Wärmebedarf reduzieren: Durch Maßnahmen zur energetischen Sanierung der Gebäude kann der Wärmebedarf in den nächsten Jahren um 30-50 % gesenkt werden.
2. Kaltnetz für Wärmeversorgung<sup>5</sup>
  - 2.1. Entnahme Mainwasser (nähe zum Mainkanal ist gegeben)
  - 2.2. Wärmeverteilung durch Kaltnetz
  - 2.3. Zweistufige Wärmeerzeugung beim Endverbraucher
3. Nutzung von regenerativem Strom: Der zeitweise vorhandene Überschussstrom aus regenerativen Quellen kann günstig in Wärmeenergie umgewandelt und als Wärme gespeichert werden.

---

<sup>5</sup> Es erfolgt eine zentrale Wassererwärmung durch Großwärmepumpen, die dem Flusswasser Wärme entziehen, in einem großen Saisonal-Speicher auf ca. 30 °C. Dezentral sorgen dann beim Abnehmer installierte Wärmepumpen, verbunden mit einem Pufferspeicher, durch intelligente Steuerung von sog. Überflus-Strom für einen minimalen Einsatz von Primärenergie. Mehr Informationen unter <http://bioenergiedorf-sommerach.de/Seite3.html>.

## Fazit

Eine nachhaltige Datenerhebung und die Abwägung einer Potenzialanalyse sind elementare Voraussetzung für die Errichtung einer gemeinsamen Wärmeversorgung. Eine Maßnahme in diesem großen Ausmaß kann ohne ein sinnvolles EK nicht angegangen werden. Mit diesem Vortrag wollten wir unsere Erfahrungen zur Entwicklung des Vorhabens zeigen und gleichzeitig darauf hinweisen, dass die Umsetzung des Konzeptes ohne Hilfe zur Selbsthilfe nicht möglich ist. Deshalb ist der nächste Schritt, eine Förderung für die sogenannte Umsetzungsbegleitung zu erhalten. Wir halten am Ziel fest: „Sommerach auf dem Weg zu einer CO<sub>2</sub>-freien Wärmeversorgung“.



Abb. 10: Elmar Henke während des Vortrags.

## 11 Ergebnisse der Thementische

Als Kern der Veranstaltung diskutierten die Teilnehmenden in Kleingruppen offene Fragen zum jeweiligen Thema an den vier sogenannten Thementischen.

Diese wurden jeweils von einem (fachlich versierten) Gesprächsleiter moderiert und von einer (fachlich neutralen) Assistenz für alle sichtbar an einer Pinnwand dokumentiert. Um ein Gespräch „auf Augenhöhe“ zu fördern, saßen zudem an jedem Thementisch ein oder mehrere „Impulsgeber“, also zu meist kommunale Vertreter, die bereits Erfahrungen mit dem ENP oder dem EK gesammelt hatten und diese im Laufe des Gespräches mit den anderen Teilnehmenden teilten.

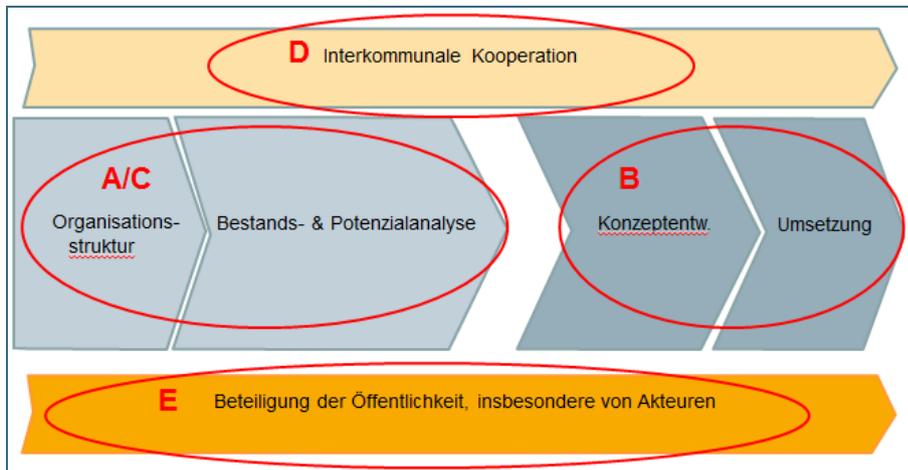


Abb. 11: Übersicht des Ablaufs eines ENPs/EKs und die daran angelegte Themenwahl für die Thementische.

Die Themen der vier Thementische wurden dem groben Ablauf des ENPs und EKs nachempfunden (Abb. 11). Jeder Teilnehmende nahm im Laufe des Tages an jedem Thementisch teil – jedoch in unterschiedlicher Reihenfolge. Die Teilnehmenden konnten durch dieses interaktive Format mit immer wieder anderen Personen ins Gespräch kommen, diskutieren, nachfragen und Erfahrungen austauschen.

Nach den vier Diskussionsrunden wurden am Nachmittag die prägnantesten Diskussionsergebnisse von den Gesprächsleitern und Assistenten zusammengefasst und im Plenum vorgestellt.

Im nachfolgenden Kapitel sind Eindrücke, Erfahrungen, Fragen und Antworten der jeweils ca. 40-minütigen Diskussionsrunden dokumentiert. Es handelt sich daher um einzelne Äußerungen der teilnehmenden kommunalen Vertreter oder Experten. Übereinstimmende Aussagen sind als Konsens herausgestellt.

## 11.1 Thementisch A/C: Bestandserhebung, Potenzialanalyse / Interne Organisation, Zusammenarbeit mit externen Auftragnehmern

### Impulsgeber:

- Stefan Wolfshörndl, 1. Bürgermeister, Gemeinde Gerbrunn
- Stefan Paulus, 1. Bürgermeister, Gemeinde Knetzgau

### Moderation:

- Amelie Lesser, TU München

### Dokumentation:

- Sonja Epple, citycom-münchen

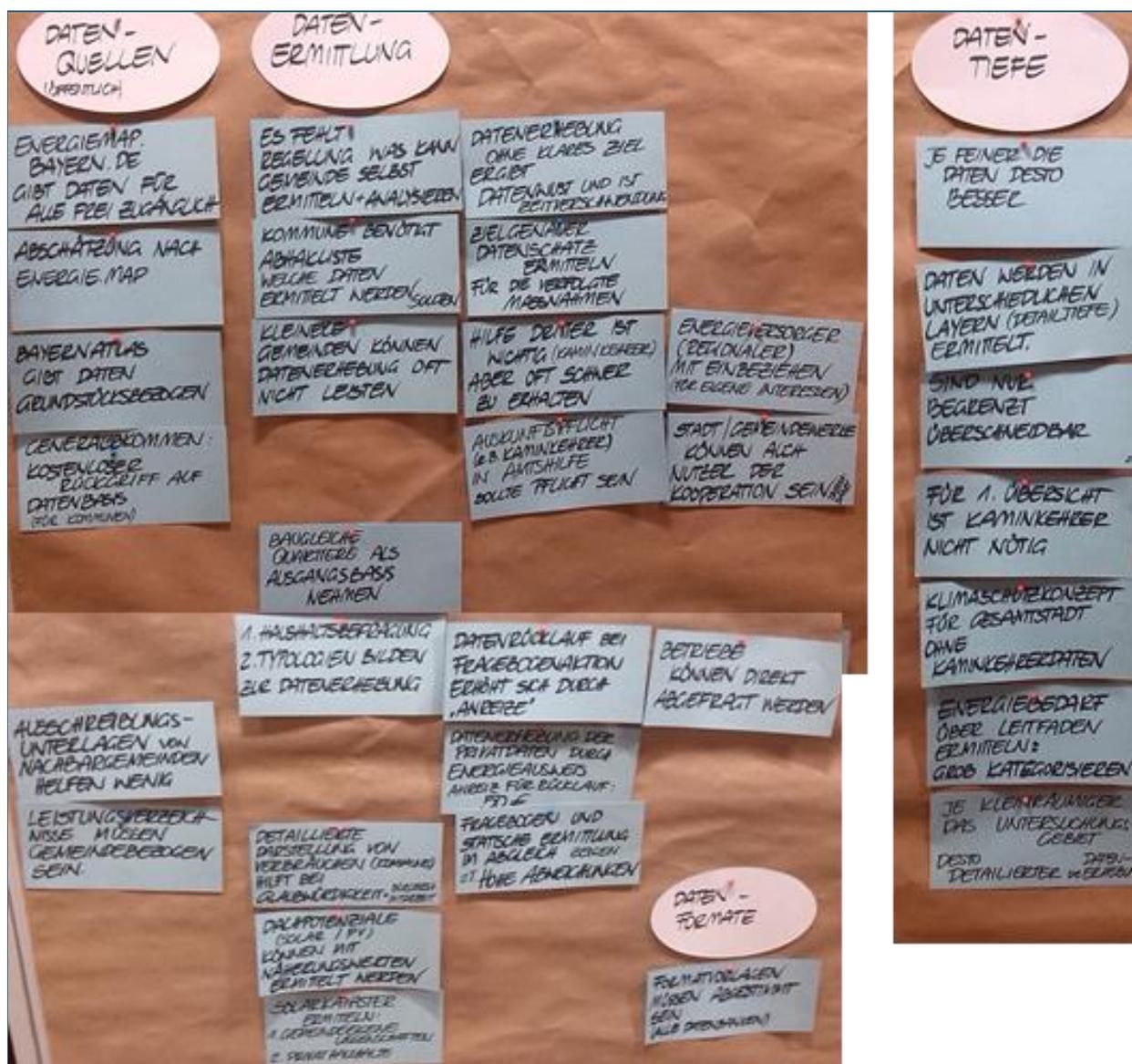


Abb. 12: Thementisch A/C: Visualisierte Diskussionsergebnisse.

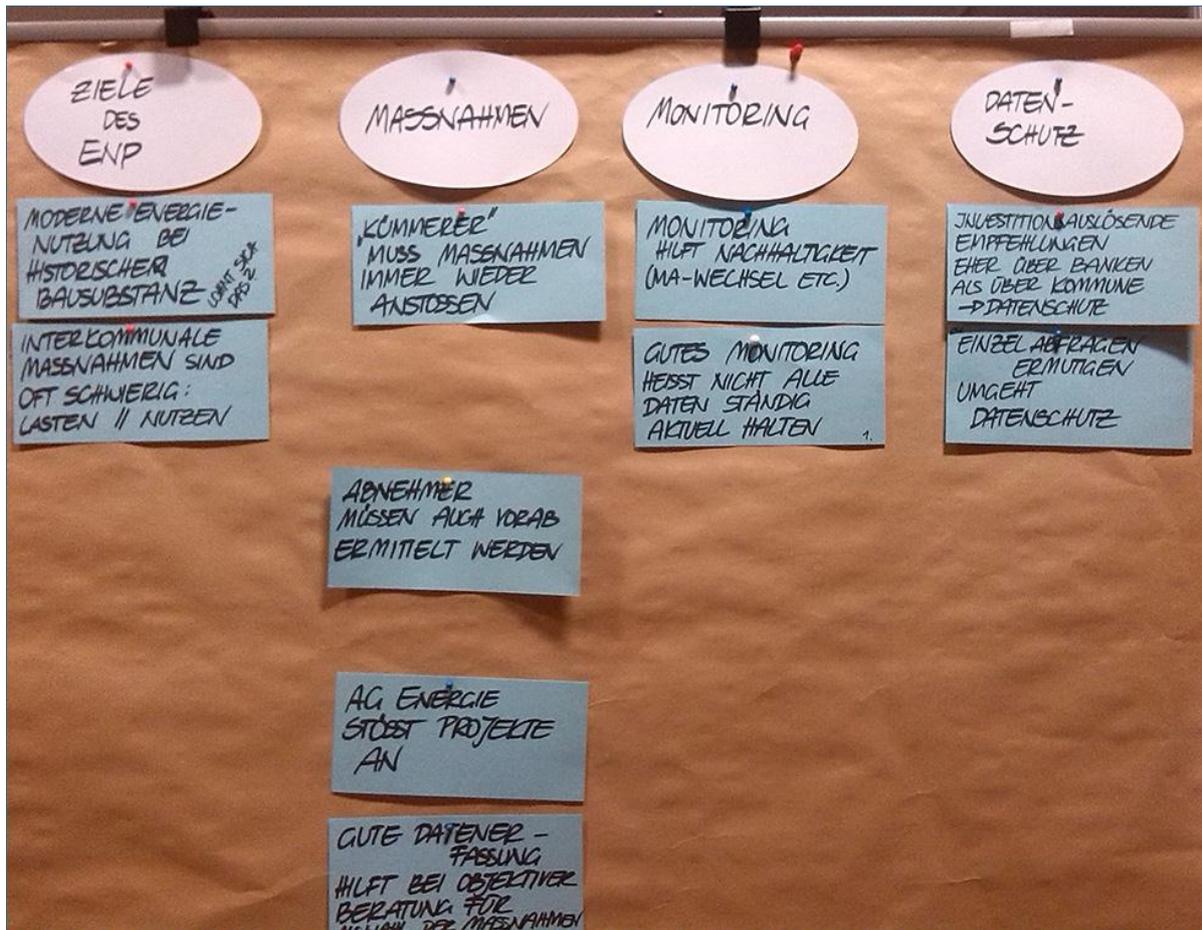


Abb. 13: Thementisch A/C: Visualisierte Diskussionsergebnisse.

Bezüglich ihrer Vorkenntnisse und Erwartungen konnten die anwesenden Gemeindevertreter grob in drei unterschiedliche Gruppen unterteilt werden:

Ein Großteil kam, um sich grundlegend zu informieren. Sie hatten bislang keine Erfahrung mit dem ENP oder dem EK. Sie erhofften sich Aufklärung über die Vielzahl der angebotenen Fördermöglichkeiten und Tipps für einen guten Einstieg in das Thema effiziente Energienutzung.

Eine weitere Gruppe hatte bereits einen ENP/ein EK auf dem Tisch liegen und geht nun an die Umsetzung. Für diese Gruppe war besonders interessant, welche Maßnahmen sich bei anderen Gemeinden leichter verwirklichen ließen, wie mit politischen und gesellschaftlichen Widerständen umgegangen wurde und welche Grundvoraussetzungen ein Kümmerer/Energiemanager mit sich bringen sollte.

Eine dritte Gruppe hatte bereits einige Erfahrung bei der Umsetzung von Einzelmaßnahmen. Teilweise wurden bereits die kommunalen Liegenschaften energetisch saniert oder ein Nahwärmenetz aufgebaut. Ein Datengrundstock, auf den sich aufbauen lässt, ist hier meist vorhanden. Den Vertretern dieser Gruppe ging es hauptsächlich darum, Einzelmaßnahmen in einem Gesamtkonzept zu bündeln und weitere Maßnahmen einzuleiten. Sie wollten sehen, ob ein ENP/EK hierzu die passenden Rahmenuntersuchungen bietet.

### Thema: Ziele eines ENPs festlegen

Die Ziele, die mit einem ENP erreicht werden sollen, müssen in vielerlei Hinsicht frühzeitig auf ihre Machbarkeit/Sinnhaftigkeit geprüft werden. Als Beispiele wurden genannt, dass eine hohe Sanierungsrate bei Gemeinden mit überwiegend historischer Bausubstanz oft nicht machbar ist oder dass geplante interkommunale Maßnahmen, sobald es um die Umsetzung geht, an den unterschiedlichen Vorstellungen der beteiligten Kommunen scheitern. Die Experten in den Diskussionsrunden rieten, sich bei der Datenerhebung im Vorfeld gut beraten zu lassen, wo Potenziale zu erwarten und wo dagegen voraussichtlich nur geringe Einsparungen zu erzielen sind. Zum Teil genügte auch die gute Ortskenntnis, um Vorentscheidungen treffen zu können, die den Untersuchungsrahmen deutlich eingrenzen. Eine solche Einschränkung des Untersuchungsraumes reduziert den Aufwand bei der Datenerhebung deutlich. Auch die Datenauswertung wird durch die Begrenzung der Datenmenge deutlich erleichtert.

### Thema: Ausschreibung und Datenformate

Ausschreibungsunterlagen, die von Nachbargemeinden übernommen werden, sind nur sehr begrenzt auf die eigene Kommune übertragbar. Je ungenauer das Ausschreibungspaket, desto allgemeiner sind die Angebote der Berater.

Zwei Gemeindevertreter berichteten, dass es schwierig war, die Angebote zu vergleichen, weil die Ausschreibungen den Planern einen großen Spielraum bei der Angebotsausgestaltung ließen. Bei einer eher unspezifischen Ausschreibung setzte jedes Beratungsunternehmen seine eigenen Schwerpunkte. Auch für die Ingenieurbüros wäre es wünschenswert, dass sie frühzeitig in eine Beratung einbezogen werden, um somit den Untersuchungsrahmen gemeinsam mit der Gemeinde zu konkretisieren. Das Innovations- und Technologiezentrum Bayern bietet Unterstützung an, wenn es darum geht, welche Unterlagen sinnvollerweise erarbeitet werden sollten (siehe Kapitel 12).

Die Daten, die für einen ENP erhoben wurden, sollten der Kommune in einer Form übergeben werden, die ihr ermöglicht, diese Daten fortzuführen und ein nachhaltiges Energiemanagement zu betreiben. Dazu muss bereits in der Ausschreibung festgelegt sein, welche Daten, in welcher Tiefe und in welchem Format (z. B. GIS-Datensätze, Excel) die Kommunen erhalten sollen.

### Thema: Datenermittlung

In der Diskussion wurde deutlich, dass kleinere Gemeinden häufig nicht über die Kapazitäten verfügen, alle Daten selbst erheben zu können. Zum einen liegt das an den nötigen Ressourcen (Personal, Zeit), zum anderen aber fehlt auch oft das Wissen, welche Daten in welcher Datentiefe für den ENP benötigt werden. Die Kommunen wünschten sich eine „Abhakliste“, an der sie sich bei der Datenermittlung orientieren könnten und anhand welcher sich Daten zielgenau erfassen lassen (siehe Thema: Allgemein verfügbare Daten). Von den anwesenden Experten wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass eine Datenerhebung ohne vorher benanntes Ziel die Gefahr eines unübersichtlichen „Datenwustes“ mit sich bringt.

Bei der Datenerhebung kann die Hilfe Dritter wie z. B. Kaminkehrer oder regionaler Energieversorger sehr wichtig sein. Manche Kommunen berichteten, dass sich eine Abfrage bei diesen Stellen zum Teil als sehr schwierig erwies und aus datenrechtlichen Gründen abgelehnt wurde. Einige Gemeindevertreter hatten dennoch gute Erfahrungen gemacht, da auch Kaminkehrer oder Gemeindewerke interessierte Kooperationspartner sein können und sie daher frühzeitig in den ENP/EK-Prozess eingebunden werden sollten.

In einer Kommune wurden gute Erfahrungen damit gemacht, zu Beginn der Datenerhebung das Untersuchungsgebiet in einzelne Typologien zu unterteilen (nach Bauzeiten, Gebäudetypen etc.) und anschließend eine gezielte Haushaltsbefragung einzelner, repräsentativer Gebäude dieser Typologie

durchzuführen. Die so ermittelten Verbrauchsdaten konnten auf das gesamte Untersuchungsgebiet hochgerechnet und Potenziale somit mit größerer Sicherheit bestimmt werden.

Um einen möglichst hohen Rücklauf bei Haushaltsbefragungen mittels Fragebogen zu erreichen, lohnte es, einen zusätzlichen Anreiz zu bieten. Bei einem Beispiel zahlte die Kommune 50 Euro aus für die Kopie des Energieausweises. Wurden die Daten aus statistischen Quellen entnommen, war eine zusätzliche Haushaltsbefragung dennoch wichtig. Auch ein geringer Rücklauf von 10-20 % wurde von einem Planer als ausreichend betrachtet, um die statistischen Werte den kommunalen Gegebenheiten anpassen zu können.

Bei Betrieben lohnt sich meist eine direkte Anfrage durch die Gemeinde, am besten durch den Bürgermeister selbst. Erfahrungsberichte zeigten, dass auch hier Vorteile in Aussicht gestellt werden konnten, die die Bereitschaft der Betriebe, ihre Daten zur Verfügung zu stellen, deutlich erhöhten.

### **Thema: Allgemein verfügbare Daten**

Nicht alle Daten müssen mühsam neu ermittelt werden. Es gibt verschiedene Quellen, die die Gemeinden nutzen können. Beispiele sind Energymap.info, der Energie-Atlas Bayern<sup>6</sup>, der Windatlas Bayern<sup>7</sup> sowie Daten des Bayerischen Landesamtes für Statistik und des Staatlichen Vermessungsamtes. Auch die Datenschutzbeauftragten in den Landratsämtern können Hilfestellung geben, wie Kommunen leichter an Daten gelangen. Ab 2014 wird der „Datenpool ENP“ in dem Energie-Atlas Bayern zu finden sein. Dieses Projekt wird in Zusammenarbeit mit ENERGIE INNOVATIV an der Technischen Universität München bearbeitet. Ziel ist es, einheitliche Standards der Datenerhebung und Datenverwendung für die Bestands- und Potenzialanalyse zu erarbeiten. Die Ergebnisse des Forschungsprojektes fließen in die Entwicklung einer interaktiven Internetplattform ein, die mit dem Energie-Atlas Bayern verlinkt sein wird. In einem ersten Schritt soll die effiziente Auffindung und Organisation von Datengrundlagen für die kommunale Energieplanung und eine Hilfestellung bei der Ausschreibung von Energienutzungsplanungen ermöglicht werden. In einem zweiten Schritt werden ein standardisiertes Datenpaket ENP und erste Softwarewerkzeuge für die Bestands- und Potenzialanalyse für Planer entwickelt.

### **Thema: Notwendige Datentiefe**

Die zu ermittelnde Datentiefe hängt stark von der Fläche ab, die untersucht werden soll. Dabei gilt: Je kleinräumiger das Untersuchungsgebiet, desto detaillierter kann die Datenerhebung erfolgen. Der Tipp der erfahrenen Gemeindevertreter war, dass sich meist ein iteratives Vorgehen in Schleifen lohnt: Zuerst sollte man für eine grobe Übersicht sorgen und dann gezielt Erfolg versprechende Gebiete weiter untersuchen. Für eine erste Übersicht genügen daher häufig siedlungs- oder straßenbezogene Daten, die von Kaminkehrern oder Energieversorgern meist leichter zu erhalten sind als gebäudebezogene Daten. Wichtig ist, dass die Daten vergleichbar sind, also in ihrer Detailtiefe vergleichbare Aussagen zulassen.

### **Thema: Datenschutz**

Gerade in Bezug auf das Solarkataster sind einige Kommunen mit dem Thema Datenschutz konfrontiert. Der Tipp eines Gemeindevertreters war, dass es zwar nicht zulässig ist, das erstellte Solarkataster an alle Haushalte zu versenden und Maßnahmen zu empfehlen, aber dass man die Hauseigentümer in das Rathaus einladen kann, sich gebäudebezogene Daten abzuholen, und man dann im direkten Gespräch Empfehlungen aussprechen kann.

<sup>6</sup> [www.energieatlas.bayern.de/](http://www.energieatlas.bayern.de/)

<sup>7</sup> [www.energieatlas.bayern.de/kommunen/gebietskulisse.html](http://www.energieatlas.bayern.de/kommunen/gebietskulisse.html) und [www.stmwivt.bayern.de/fileadmin/Web-Dateien/Dokumente/energie-und-rohstoffe/Bayerischer\\_Windatlas.pdf](http://www.stmwivt.bayern.de/fileadmin/Web-Dateien/Dokumente/energie-und-rohstoffe/Bayerischer_Windatlas.pdf)

### **Thema: Monitoring**

Es wurde erwähnt, dass kleinere Gemeinden mit einem groß angelegten Datenmonitoring oft überfordert sind oder es sich finanziell nicht leisten können. Die Diskussion ging dahin, dass es in diesen Fällen besonders wichtig sei, sich auf die – für die Gemeinde und für die Gemeindeziele – wichtigen Daten in der nötigen Datentiefe zu beschränken, anstatt eine Vielfalt von Datensätzen aktuell zu halten. Wird auf ein Monitoring ganz verzichtet, besteht die Gefahr, dass kommunales Fachwissen z. B. bei Personalabgang rasch verloren geht.

### **Thema: Kümmerer**

Sowohl für die Erstellung eines ENPs/EKs, wie auch bei der späteren Umsetzung einzelner Maßnahmen benötigt man in allen Kommunen eine oder mehrere Personen (Kümmerer), die immer wieder Anstöße geben und das Projekt vorantreiben.

Es wurde auch berichtet, dass einzelne Projekte aus der Bevölkerung angestoßen wurden, z. B. durch eine bürgerschaftliche Arbeitsgemeinschaft „AG Energie“.

## 11.2 Thementisch B: Konzeptentwicklung, Umsetzung von Maßnahmen

### Impulsgeber:

- Jochen Spieß, Klimaschutzmanager, Gemeinde Veitshöchheim

### Moderation:

- Prof. Dr.-Ing. Markus Brautsch, Institut für Energietechnik IfE an der Hochschule Amberg-Weiden

### Dokumentation:

- Sven Siebert, citycom-münchen



Abb. 14: Thementisch B: Visualisierte Diskussionsergebnisse.

### **Thema: Erstellung eines ENPs auch nach bereits ergriffenen Maßnahmen bzw. für Teilgebiete**

Der ENP dient u. a. der systematischen Zusammenführung aller bisherigen Einzelmaßnahmen. Er ist nach einer Expertenmeinung daher zu jedem Zeitpunkt sinnvoll. Von den Teilnehmern wurde die Erfahrung geäußert, dass eine kleine ländliche Gemeinde mit 5.000 bis 6.000 Euro Eigenanteil rechnen muss.

Es kann durchaus Kommunen geben, für die es dagegen sinnvoll ist, z. B. nur den Dorfkern zu betrachten. In diesem Fall spricht man von einem „Quartierskonzept“ und die Förderung (z. B. der Sanierung) ist dann u. U. besser bei dem entsprechenden KfW-Programm aufgehoben.<sup>8</sup> Eine Beschränkung auf Neubaugebiete macht dagegen laut einer Expertenmeinung keinen Sinn, da hier ohnehin bereits EnEV-Standard herrscht und zudem die Netzverluste in Wärmenetzen bei über 40 % liegen können, sodass Wärmenetze in diesen Gebieten in der Regel nicht wirtschaftlich sind.

### **Thema: Problem der Datenbeschaffung**

Eine möglichst exakte Datengrundlage ist extrem wichtig für aussagekräftige Ergebnisse. Die Datenabfrage bei Privathaushalten ist nach einer Expertenmeinung in der Regel nicht brauchbar, da die Rücklaufquote meist unter 20 % liegt und der Informationsgehalt in der Praxis nur wenig verwertbar ist. Als erfolgversprechender bezeichnete er die Zusammenarbeit mit Kaminkehrern (wobei bei die Kosten für die Daten sich laut des Experten auf ca. 150 Euro pro Kehrbezirk belaufen).

### **Thema: Wirtschaftlichkeit von Nahwärmenetzen**

Wenn der Energiebedarf sinkt (z. B. durch Sanierungsmaßnahmen), sind Nahwärmenetze in diesen Gebieten möglicherweise nicht mehr wirtschaftlich. Zukünftige Entwicklungen müssen daher über verschiedene Szenarien einbezogen werden, um die langfristige Wirtschaftlichkeit von Nahwärmenetzen zu analysieren. Aus diesem und anderen Gründen sollten die Entwicklungen der verschiedenen Ebenen (Einwohnerzahlen, Energiepreise usw.) in einem ENP auf jeden Fall Eingang finden (zur Not über amtliche Statistik).

Grundsätzlich sind Wärmenutzungskonzepte zurzeit nur wirtschaftlich, wenn die Abwärme günstig zur Verfügung steht.

### **Thema: Wie kommt man von der Konzeptentwicklung zur Umsetzungsphase?**

Ganz entscheidend laut der Erfahrungen der Teilnehmenden sowie einer wissenschaftlichen Untersuchung ist ein sogenannter „Antreiber“ vor Ort. Der oft angesprochene Kümmerer, der die Einzelaspekte im Blick behält, ist daher sehr wichtig. Eventuell kann es auch Sinn machen, einen externen Berater (z. B. von einer Energieagentur) mit dieser Rolle zu beauftragen. Für EKs existiert ein Angebot der Begleitung durch das Amt für Ländliche Entwicklung. In jedem Fall ist streng auf Objektivität und Neutralität bei einer Beratung zu achten.

Die direkte Ansprache der Bürger ist wichtig (z. B. zum Energiesparverhalten), aber noch wirksamer ist die Gewinnung von Multiplikatoren. Vor allem bei „weichen“ Maßnahmen, wie beispielsweise der Bewusstseinsbildung und Motivation der Bürger, ist eine gute Akteursbeteiligung essentiell. Auch, wenn eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit oft schwierig zu erreichen ist, bleibt sie wichtig, so die Meinung vieler Teilnehmer.

<sup>8</sup> [https://www.kfw.de/KfW-Konzern/Downloadcenter/Förderprogramme-\(Inlandsförderung\)/barrierefreie-Dokumente/Energetische-Stadtsanierung-Zuschüsse-für-integrierte-Quartierskonzepte-und-Sanierungsmanager-\(432\)/index.html](https://www.kfw.de/KfW-Konzern/Downloadcenter/Förderprogramme-(Inlandsförderung)/barrierefreie-Dokumente/Energetische-Stadtsanierung-Zuschüsse-für-integrierte-Quartierskonzepte-und-Sanierungsmanager-(432)/index.html)

Allgemein gilt: Je schärfer das Projekt ENP umrissen wird, desto leichter fällt (auch dem Kümmerer) die Umsetzung. Dienlich ist dabei auch eine Prioritätenliste für die Umsetzungsplanung. Relativ einfach ist es auch, das Gemeindegebiet nach Baualtersklassen einzuteilen und Sanierungsbeispiele zu berechnen. Musterhäuser oder -gebiete sowie herausgehobene „Leuchtturmprojekte“ fördern zudem die Motivation bei allen Beteiligten. Es sollte zudem nicht vergessen werden, dass eine Maßnahme auch darin bestehen kann, eine Machbarkeitsstudie für ein Teilgebiet durchzuführen.

Die Zwischenschritte vom Plan zur Umsetzung könnten laut eines Experten allgemein sein: Erstens Datenerfassung, zweitens Grobkonzept, drittens Feinkonzept.

### **Thema: Grundsätzliche benannte Konfliktpunkte**

Grundsätzlich wurde das Fehlen von stabilen energiepolitischen Randbedingungen kritisiert. Auch der „Förderwildwuchs“ wurde kritisch gesehen. Hier sollten nach Meinung einiger Teilnehmer und Experten Strukturen angepasst und Angebote vereinheitlicht werden.

## 11.3 Thementisch D: Interkommunale Kooperation, Stadt-Umland

### Impulsgeber:

- Elmar Henke, 1. Bürgermeister, Gemeinde Sommerach

### Moderation:

- Michael König, K.GREENTECH

### Dokumentation:

- Brigitte Gans, citycom-münchen

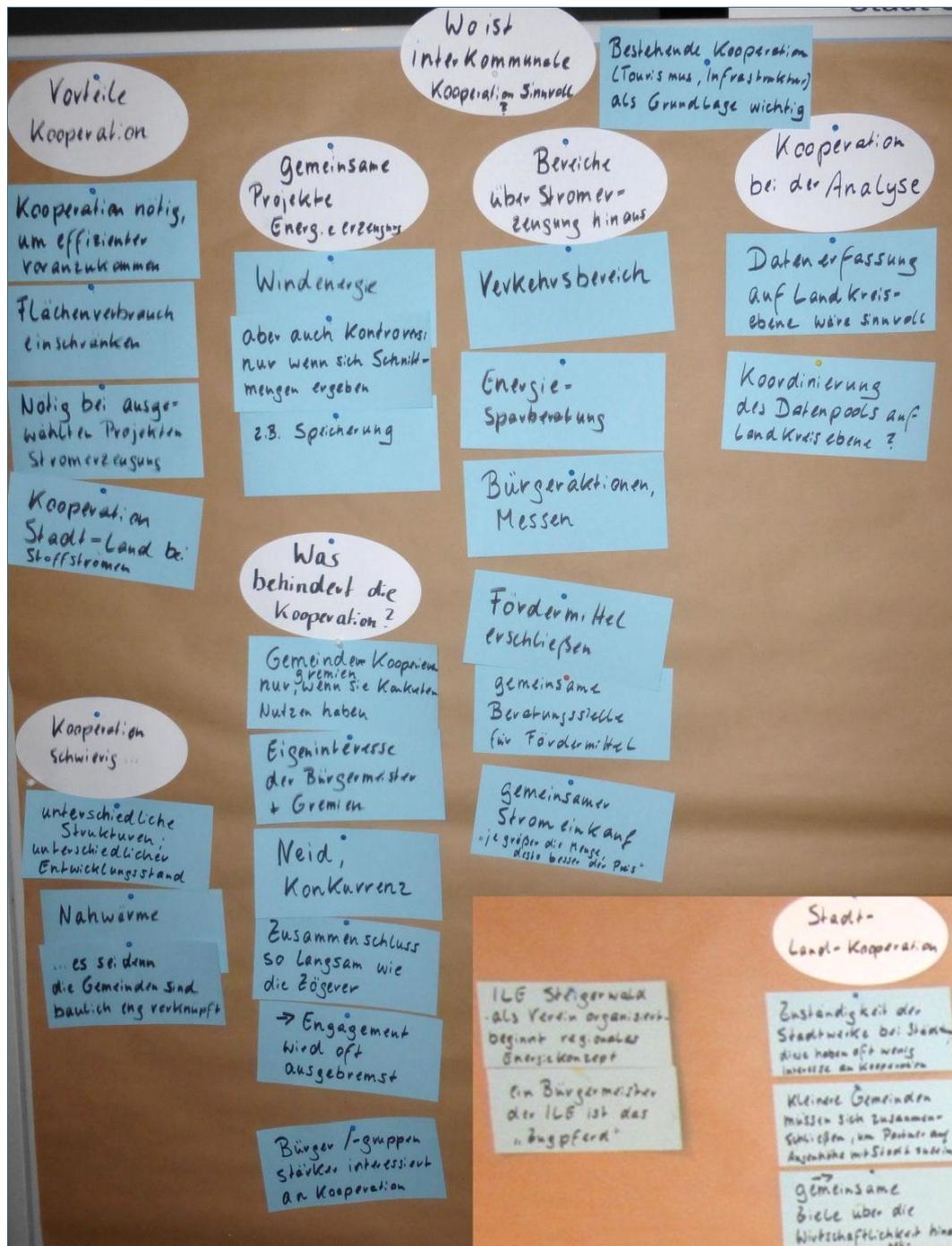


Abb. 15: Thementisch D: Visualisierte Diskussionsergebnisse.

### **Thema: Vorteile einer Kooperation**

Die grundsätzlichen Vorteile einer interkommunalen Kooperation waren bei den Teilnehmenden aller Runden unstrittig: Man kann z. B. gemeinsam effizienter vorankommen. Die Kooperation von Städten mit ihrem Umland macht allgemein Sinn, um die Stoffströme auszugleichen (das Umland hat die Fläche für die Energieerzeugung, die Städte haben die Energieabnehmer). Bei ausgewählten Projekten der regenerativen Stromerzeugung mit ausreichender Schnittmenge der Interessen ist die Kooperation sogar nötig, beispielsweise bei der Windenergie. In Zukunft, so ein Teilnehmer, wird auch die Kooperation bei der Stromspeicherung eine besondere Bedeutung erhalten.

### **Thema: Einschränkungen und Behinderungen für eine Kooperation**

Als schwierig wurde die Zusammenarbeit gesehen, wenn die Gemeinden baulich unterschiedlich strukturiert sind und einen unterschiedlichen Entwicklungsstand haben bzgl. ihrer Anstrengungen zur Energiewende. Ein Teilnehmer betonte, die Nahwärme biete sich als Kooperationsprojekt nur dann an, wenn die Gemeinden baulich eng verknüpft sind.

Bezüglich der Behinderung einer Kooperation wurden die Eigeninteressen der Bürgermeister und Gremien sowie Neid und Konkurrenz als wichtigste Gründe genannt. Die Meinung wurde geäußert, dass Gemeindegremien grundsätzlich nur dann zur Kooperation bereit seien, wenn sie einen konkreten wirtschaftlichen Nutzen daraus ziehen können.

Als wichtiger Aspekt wurden auch die unterschiedlichen Geschwindigkeiten der Gemeinden in Sachen Energiewende benannt. „Ein Zusammenschluss ist immer nur so schnell wie der langsamste Zögerer“ – engagierte Personen, die schnell etwas voranbringen wollen, werden dadurch eher ausgebremst. Der Konsens war: Kooperation erfordert sehr viel Geduld.

### **Thema: Schwierigkeiten der Kooperation zwischen Stadt und Umland**

Diese wurden in einer Runde des Thementisches diskutiert. Hier wurde beklagt, dass die Stadtwerke der Städte als Verhandlungspartner für Umlandgemeinden kein Interesse an einer Kooperation haben, welche sie nur unter ökonomischen, nicht aber ideellen Gesichtspunkten beurteilen. Wenn die Kooperation nicht von politischer Seite unterstützt werde, gebe es keine Kooperation auf Augenhöhe. Ein Vertreter plädierte dafür, dass sich Umlandgemeinden zusammenschließen, um gemeinsam stärker gegenüber der Stadt und ihrem Stadtwerk auftreten zu können.

### **Thema: Felder für interkommunale Kooperation**

Als Felder der Energiewende, die sich über die Stromerzeugung hinaus für Kooperation eignen, wurde der Verkehrsbereich genannt, da der Verkehr immer über die Gemeindegrenzen hinausgeht. Hier entsteht speziell mit der Elektromobilität ein neues Feld für Kooperation. Als ein weiteres für Kooperation geeignetes Feld wurden Angebote genannt, welche die Bürger adressieren, wie z. B. Energiesparberatung, Beratung für Förderungen und Messen. Auch Fördermittel für die Gemeinden könnten gemeinsam recherchiert und erschlossen werden. Ebenso bietet sich der gemeinsame Einkauf z. B. von effizienteren Leuchtmitteln für die Straßenbeleuchtung für Kooperation an.

Als Voraussetzung für gemeinsame Aktionen im Energiebereich wurde eine schon bestehende Kooperation in anderen Feldern (z. B. Tourismus) benannt. Nur dann gebe es die notwendige Vertrauensgrundlage.

Als möglicherweise interessantes Kooperationsfeld diskutierte eine Runde die gemeinsame Datenerfassung auf Landkreisebene, sowie die dort angesiedelte Koordinierung des Datenpools.

## 11.4 Thementisch E: Öffentlichkeitsbeteiligung (Bürger, Unternehmen)

### Impulsgeber:

- Thomas Eberth, 1. Bürgermeister, Gemeinde Kürnach
- Florian Diepold, Technologie Campus Freyung

### Moderation:

- Frank Brodmerkel, Bayerische Verwaltungsschule, Grüne Welle Kommunikation

### Dokumentation:

- Ursula Ammermann, citycom-münchen



Abb. 16: Thementisch E: Visualisierte Diskussionsergebnisse.

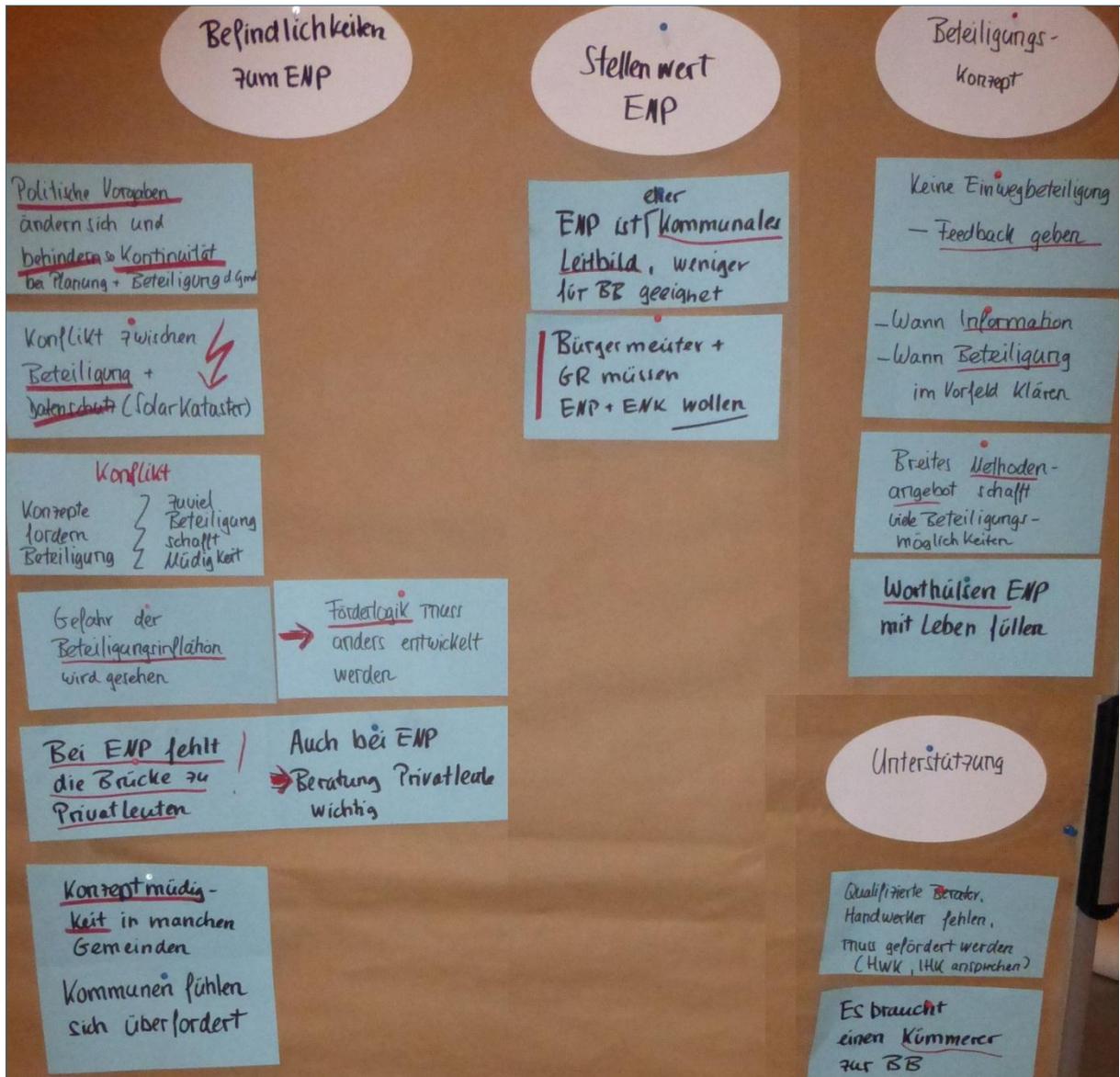


Abb. 17: Thementisch E: Visualisierte Diskussionsergebnisse.

### Thema: Stellenwert des ENPs in der Kommune

Einige Kommunen verglichen den ENP als strategisches Planungsinstrument etwa mit dem Aufstellen eines Flächennutzungsplans. Aus dem ENP können dann Konzepte und konkrete Maßnahmen, z. B. ein örtliches Fernwärmenetz, entwickelt werden. Die Aufstellung eines ENPs sahen sie unter diesem Aspekt als Angelegenheit des Gemeinderates an. Der ENP selbst wurde nur für einen Teil der Bürger als interessant angesehen, da er zu abstrakt ist. Nach Meinung des Großteils der Teilnehmer ist der ENP eher ein ungeeignetes Instrument, um die Energiewende in die Köpfe der Bürger zu bringen, da die Schnittstelle zur Beteiligung fehlt und sich der direkte Nutzen den Bürgern nicht ohne weiteres erschließt.

### Thema: Der Weg zum ENP/EK

Die Kommunen schlugen unterschiedliche Wege zum ENP/EK ein. So kam in einer Kommune der Anstoß, ein EK aufzustellen, über das Amt für Ländliche Entwicklung. Als wichtige Voraussetzung für den Erfolg eines ENPs/EKs in der Öffentlichkeit wurde erachtet, dass Bürgermeister und Gemeinderat hinter diesem stehen. Wenn der Anstoß von Bürgern selbst ausgeht, sollte er vom Gemeinderat auf-

genommen werden, damit das Bürgerengagement nicht ins Leere läuft und es dann später schwieriger wird, die Bürger zu weiterer Beteiligung am ENP/EK zu begeistern.

### **Thema: Der ENP/das EK im gesamtpolitischen Zusammenhang**

Es wurde beklagt, dass sich politische Vorgaben zur Energiewende laufend ändern (z. B. die Abstandsregel bei der Windkraft) und so eine kontinuierliche Arbeit bei Aufstellung und Beteiligung zum ENP/EK behindern. Die Kommunen benötigen vielmehr eine klare Linie und ausreichend Zeit, um Vorgaben umzusetzen und die Bürgerschaft erfolgreich einzubinden.

Auch wurde von einigen Kommunen beklagt, dass die Vielzahl an Konzepten, Plänen, Fördermöglichkeiten – nicht nur im Energiesektor, sondern auch allgemein – vom integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept (ISEK) bis zum Bebauungsplan – zur Überforderung der Gemeinden führt. Hier wurde eine gewisse Ratlosigkeit und Konzeptmüdigkeit festgestellt. Da zudem viele diese Konzepte auch ihre eigene Bürgerbeteiligung, eigene Erhebungen und Befragungen verlangen, droht auch auf Seite der Bürger eine Beteiligungsmüdigkeit.

Ein Konflikt wurde gesehen zwischen Einbindung der Bürgerschaft und Datenschutz, z. B. bei dem Solarkataster: Es müsse die Frage geklärt werden, welche Daten schutzwürdig und welche öffentlich zugänglich sein sollten.

### **Thema: Befindlichkeiten und Einbindung der Bürgerschaft**

Einige Kommunen stellten fest, dass Teile ihrer Bevölkerung inzwischen „beteiligungsmüde“ sind, überfordert und desinteressiert. Um wieder das Interesse am ENP/EK zu wecken, sahen sie es als zentral an, die Frage nach dem individuellen Nutzen des einzelnen Bürgers in den Mittelpunkt zu stellen. Den größten Nutzen bringt nach Sicht einiger Kommunen die Reduzierung des Wärmeverbrauchs, aber viele Bürger kennen ihren Verbrauch und mögliche Einsparpotenziale gar nicht. Es wurde festgestellt, dass eine individuelle Beratung Kosteneinsparungen deutlich machen kann, aber genau dies können kleinere und mittlere Kommunen mit ihrer begrenzten Personalkapazität kaum selbst leisten. Hier sind externe zertifizierte Fachleute gefordert. Die Teilnehmer kamen überein, dass eine externe Energieberatung von der Bevölkerung eher angenommen wird, wenn sie finanziell tragbar ist. Eine Kommune bot ihren Bürgern z. B. einen energetischen Gebäudecheck durch Fachleute für 50 Euro an, wobei die Kommune einen Teil der Kosten übernahm. In einem anderen Fall bot die örtliche Sparkasse einen Bonus.

Es wurde eine persönliche Beratung der Privatleute auch beim ENP für wichtig erachtet und bedauert, dass diese Brücke im ENP fehlt.

Die Teilnehmer stellten fest, dass in den Kommunen auch der demografische Wandel das Interesse an einer energetischen Sanierung beeinflusst. Besonders ältere Menschen in den Kommunen fragten sich, ob sich Investitionen in ihre Häuser noch lohnen, besonders wenn ihre Kinder ausgezogen sind und/oder das Eigenkapital knapp ist. Es wurde empfohlen, durch einfach umzusetzende Maßnahmen mit geringem Investitionsaufwand an die Bürger heranzutreten.

Altbürger und Neubürger reagieren unter Umständen unterschiedlich auf die Energiewende – hier sind Bürgermeister und Gemeinderat gefordert, da sie die Befindlichkeiten ihrer Bürger am besten kennen.

### **Thema: Einstieg in die Öffentlichkeitsbeteiligung**

Die Teilnehmer stimmten darin überein, dass vor Einbindung der Öffentlichkeit jede Kommune für sich klären muss, ob und in welchem Stadium der ENP-Erstellung sie die Bürgerschaft informieren und/oder aktiv beteiligen will. Das breite Instrumentarium zur Beteiligung schafft vielseitige Beteiligungsmöglichkeiten. So müsse die Worthülse ENP mit Leben gefüllt werden durch z. B. konkrete Bei-

spiele und engagierte Protagonisten vor Ort. Die Themenfelder, die die Bevölkerung interessieren, muss jede Kommune für sich selbst entdecken. Oft kristallisieren sie sich auch erst im Laufe der Zeit heraus.

Die Bevölkerung sollte nach Meinung einiger Teilnehmer bei dem ENP frühzeitig und kontinuierlich eingebunden werden. Ihre Ideen und Vorstellungen stoßen, sofern sie in konkrete Konzepte und Maßnahmen umsetzbar sind, später auf breitere Akzeptanz. Dazu gab es auch Gegenstimmen: Eben wegen der Abstraktheit des ENPs sei eine zu frühe Einbindung der breiten Öffentlichkeit abzulehnen. Einzubinden sind aber auf jeden Fall wichtige Akteure wie z. B. Unternehmer, Landwirte, etc.

Die umfassende Information der breiten Bevölkerung über den ENP ist davon unberührt. Unstrittig war, dass es bei jeder Beteiligung eine Rückkopplung geben muss – die Bevölkerung will wissen, was aus ihren Ideen und Vorschlägen geworden ist. Die Umsetzung eines ENPs muss zudem zeitnah erfolgen, damit das Interesse der Bevölkerung nicht abflacht.

### **Thema: Bausteine der Öffentlichkeitsbeteiligung**

Es lagen bereits Erfahrungen mit ganz unterschiedlichen Maßnahmen vor, um das Interesse der Bevölkerung an Energiefragen zu wecken und Anreize zu schaffen, selbst etwas zu tun. Als erfolgversprechend nannten die Teilnehmer:

- Thementische mit differenzierten Themen für unterschiedliche Zielgruppen, auch weiche Themen wie Konsum, Ernährung, Mobilität
- Konkrete und schnell umzusetzende Angebote, z. B. Check der eigenen Heizungspumpen
- Energietouren anbieten, existierende Projekte besichtigen
- Vorteile der jeweiligen Maßnahmen herausstellen
- Stadtteilbezogene Rundgänge mit Wärmekameras
- Weg von der rein technischen Sprache
- Bildungsebene einbinden – Schulen ansprechen, denn über die Kinder werden auch die Eltern erreicht

Um möglichst viele unterschiedliche Zielgruppen anzusprechen und zu verhindern, dass „immer die Gleichen“ kommen, sprachen sich die Teilnehmer dafür aus, Veranstaltungen und Argumente zielgruppenspezifisch auszurichten. Auch erhöht sich die Beteiligungsbereitschaft mit der persönlichen Betroffenheit.

### **Thema: Fachliche Unterstützer**

Einzelne Teilnehmer wissen darauf hin, dass es aus ihrer Sicht zu wenige geeignete Fachleute und fachlich ausgebildete Berater vor Ort gibt, z. B. fachlich versierte Handwerker. Sie regten an, hierzu mit den Handwerkskammern bzw. Industrie- und Handelskammern Kontakt aufzunehmen. Ferner wurden oft „Kümmerer“ für Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit vermisst.

## 12 Vortrag: Aspekte der Förderung für Energienutzungspläne und Energieeinsparkonzepte

### 12.1 Dr. Peter Wunsch



Projektmanager Innovations- und Technologiezentrum

Bayern Innovativ GmbH  
ITZB Innovations- und Technologiezentrum Bayern  
Gewerbemuseumsplatz 2  
90403 Nürnberg

Tel.: 0911-20671-621, Fax: -5621  
wunsch@bayern-innovativ.de  
www.itzb.de

**Aus meinen bisherigen Erfahrungen würde ich Kommunen empfehlen, besonders auf Folgendes zu achten:**

Aussagekräftige und nachvollziehbare Wirtschaftlichkeitsbetrachtung

### 12.2 Zusammenfassung des Vortrags

Das Innovations- und Technologiezentrum Bayern (ITZB) gehört dem in Nürnberg und München ansässigen Haus der Forschung an und ist unter anderem der Projektträger für das Förderprogramm BayINVENT. Dahinter verbirgt sich die Förderung innovativer Energietechnologien und Energieeffizienz mit dem Programmschwerpunkt Energienutzungspläne und Energieeinsparkonzepte. Zu diesen Themen wird montags bis freitags von 8 Uhr bis 18 Uhr unter der Service-Nummer 0800 0268724<sup>9</sup> eine Beratung angeboten.

#### **Bewilligungsvoraussetzungen für ein Energieeinsparkonzept und einen ENP**

Antragsberechtigt sind kommunale Gebietskörperschaften und Eigenbetriebe, Träger kirchlicher oder anderer Einrichtungen ohne wirtschaftliche Tätigkeit in Bayern sowie Unternehmen mit Sitz oder Niederlassung in Bayern. Eine Voraussetzung ist, dass die Untersuchung sich auf Standorte in Bayern beschränken muss.

Bei dem Energieeinsparkonzept werden die Energieeinsparpotenziale in Liegenschaften, Einrichtungen und Betriebs- bzw. Produktionsstätten analysiert. Darauf aufbauend werden Möglichkeiten, deren Energiebedarf zu verringern und/oder aus erneuerbaren Energien zu decken, aufgezeigt. Ein Beispiel für ein Energieeinsparkonzept ist demnach, wenn eine Kommune wissen möchte, inwieweit eine energetische Sanierung des Rathauses sinnvoll ist. Die Bewilligungsvoraussetzungen bei dem Energieeinsparkonzept sind, dass die Untersuchung Grundlage für anstehende Investitionsentscheidungen ist und die Thematik Energieeinsparung, Effizienzsteigerung und Nutzung regenerativer Energien umfassen soll. Die Ergebnisse sollen konkrete Realisierungsvorschläge sein und dabei auf die energietechnische Dimensionierung und Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen Bezug nehmen.

---

<sup>9</sup> Kostenfrei aus dem deutschen Festnetz, abweichende Preise für Anrufe aus Mobilfunknetzen sind möglich.

Der ENP ist ein informelles räumliches Planungsinstrument für eine oder mehrere Gemeinden und bietet die Basis für eine Koordination von Energieeinsparung, Energieeffizienz und die Umstellung auf regenerative Energieträger. Bei dem ENP sollen übergeordnete energetische Planungsziele aufgezeigt werden. Der Untersuchungsumfang muss sowohl kommunale als auch private Liegenschaften, Einrichtungen oder Betriebsstätten beinhalten. Damit letztendlich wirklich Maßnahmen in die Umsetzung gebracht werden, muss das Ergebnis des ENPs für ausgewählte Teilbereiche Maßnahmenempfehlungen mit einer Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsbetrachtung enthalten.

Bei einem ENP ist eine interkommunale Herangehensweise besonders erwünscht. Dabei kann, nachdem ein überregionaler ENP erstellt wurde, ein weiterer, detailschärferer ENP gefördert werden, der beispielsweise auf einen Teilbereich einer Kommune abzielt.

### Art und Höhe der Förderung

Die Förderung besteht aus einer Anteilfinanzierung in Form eines einmaligen Zuschusses für die Kosten der Studie. Die Erstellung von Energieeinsparkonzepten wird mit bis zu 50 % für kommunale Gebietskörperschaften und Träger kirchlicher oder anderer Einrichtungen ohne wirtschaftliche Tätigkeit, mit bis zu 40 % für wirtschaftlich tätige Antragsteller, die KMU sind, und mit bis zu 30 % für wirtschaftlich tätige Antragsteller, die keine KMU sind, gefördert. Die Förderhöchstsumme beträgt 50.000 €. Die Erstellung von ENPs wird dagegen mit bis zu 70 % für kommunale Gebietskörperschaften gefördert.

### Antragsverfahren und Vorgehensweise

Bei einem Antrag auf Förderung sowohl bei einem Energieeinsparkonzept als auch bei einem ENP müssen mindestens drei vergleichbare, qualitativ hochwertige und unabhängige Angebote eingeholt werden. Dabei sollte auch auf die Referenzen der Angebotssteller sowie auf Erfahrungen aus Nachbargemeinden geachtet werden. Zu einem Energieeinsparkonzept gehören die Grundlagenermittlung und Analyse des Ist-Zustandes, die Konzeptentwicklung mit verschiedenen Varianten, die Leistungs- und Energiebilanz der Varianten, ein Wirtschaftlichkeitsvergleich, eine Analyse der Einsparung an Primärenergie und Reduktion der Emissionen sowie Maßnahmenempfehlungen. Zu einem ENP gehören die Grundlagenermittlung und Analyse des Istzustands (Energiebedarf/Energieinfrastruktur in verschiedenen Sektoren), die Potenzialerhebung, eine Konzeptentwicklung mit verschiedenen Szenarien, ein Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsvergleich der Szenarien, eine Analyse zur Reduktion der Emissionen sowie Maßnahmenempfehlungen.



Abb. 18: Dr. Peter Wunsch während des Vortrags.

Für Unternehmen mit wirtschaftlicher Tätigkeit erfolgt die Antragstellung nach Rücksprache beim Projektträger über das elektronische Antragsverfahren (ELAN) des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie. Für alle weiteren Antragsteller ist der Antrag auf Förderung mit einem Formblatt (Muster 1a zu Art. 44 BayHO) mit Anlagen bei dem ITZB Nürnberg einzureichen.

Die Bewilligung erfolgt nach Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel, wobei kein Rechtsanspruch auf eine Förderung besteht.

### Bemerkungen zu der Förderpraxis

Es werden weder Eigenleistungen der Kommune noch „Vergangenheitsbetrachtungen“ gefördert. Es gibt zudem keine Förderung des bürgerlichen Engagements. Dies bedeutet, dass zwar eine Beteiligung von Akteuren, also beispielsweise Vertretern von Bürgerinitiativen und Unternehmen, sowie eine Abschlusspräsentation gefördert werden, nicht jedoch die ständige Einbindung eines jeden Bürgers.

Politische bzw. sozialkritische Betrachtungen werden ebenfalls nicht gefördert, anstelle dessen sollen technische Maßnahmenempfehlungen gegeben werden, wobei immer der Stand der Technik beachtet werden soll. Die Erstellung eines Energiepasses bzw. EnEV-Nachweises fällt ebenso wenig unter die Förderung wie Betrachtungen zur Energieautarkie oder eine „singuläre technische Detailplanung“, d.h. wenn beispielsweise schon klar ist, dass an einem bestimmten Ort ein Windpark gebaut werden soll und dafür eine Detailplanung benötigt wird.

Ein wichtiger letzter Hinweis ist, dass die Vergabe der Untersuchung erst nach Erlass des Bewilligungsbescheides erfolgen darf.

## 13 Vortrag: Aspekte der Förderung für Energiekonzepte

### 13.1 Stefanie Thomuscheit



Fachberaterin  
Amt für Ländliche Entwicklung Unterfranken  
Abteilung Land- und Dorfentwicklung  
Zeller Str. 40  
97070 Würzburg

0931-4101219  
stefanie.thomuscheit@ale-ufr.bayern.de  
www.ale-unterfranken.bayern.de

#### Die Erstellung eines ENPs/EKs erzielt meiner Meinung nach folgende Effekte:

- Ganzheitlicher Überblick über die Chancen und Potenziale für eine Gemeinde und ihre Bürger im Bereich des Ausbaus der erneuerbaren Energien, der Energieeffizienz und beim Energiesparen
- Der Erstellungsprozess bietet die Möglichkeit, die Bewohner intensiv einzubeziehen und für das Thema zu sensibilisieren bzw. dahingehend zu aktivieren, im eigenen Umfeld tätig zu werden
- Regionale Wertschöpfungskreisläufe werden gestärkt. Die Kommune und damit auch deren Bürger profitieren von den Einnahmen/Gewinnen erneuerbarer Energieanlagen.

#### Aus meinen bisherigen Erfahrungen würde ich anderen Kommunen empfehlen, besonders auf Folgendes zu achten:

- Der Aufwand für die Datensammlung zur Grundlagenermittlung bei der Erstellung eines EKs ist nicht unerheblich. Wichtig ist hierbei, den verantwortlichen Stellen wie Kämmerei oder Bauamt die Notwendigkeit der Datenbeschaffung deutlich zu machen, um eine effektive Zuarbeit zu gewährleisten. Persönliche Gespräche mit den Kaminkehrern sind wichtig, da auch diese Daten für die weitere Bearbeitung des EKs notwendig sind.
- Eine Fragebogen-Aktion bei den Bewohnern und praxisnahe Aktionen erhöhen die Akzeptanz für das EK bzw. konkrete Maßnahmen.
- Die Gemeinde sollte in Abstimmung mit dem Konzeptersteller darauf achten, dass unter den aufgeführten Maßnahmen im EK auch jene aufgezeigt werden, die kurzfristig umsetzbar sind.

- Es braucht Zugpferde in der Bevölkerung: Neben dem Bürgermeister ist es von Vorteil, wenn engagierte Bürger oder Interessensgruppen weitere Bewohner zur Mitarbeit motivieren können.
- Die Erstellung eines EKs bietet die Chance, das Thema Energie nachhaltig in der Gemeinde zu etablieren. Das Konzept bildet die Grundlage zur weiteren Bearbeitung des Themas.

## 13.2 Zusammenfassung des Vortrags

„Ländliche Entwicklung“ im weitesten Sinn bezeichnet alle Fortschritte und Veränderungen im ländlichen Raum, also in Gebieten abseits von Ballungszentren, in denen der Agrarsektor das Erscheinungsbild dominiert. Zur Stärkung des ländlichen Raums bietet das Bayerische Landwirtschaftsministerium mit seinen sieben Ämtern der Ländlichen Entwicklung einige Instrumente wie die Flurneuordnung, die Dorferneuerung und die Integrierte Ländliche Entwicklung. Diese Instrumente eignen sich auch zur Unterstützung für die Umsetzung der Energiewende.

Die Ländliche Entwicklung hat im Bereich der Energiewende das Ziel, örtlich abgestimmte Energieprojekte zu ermitteln und diese in die Realisierungsphase zu begleiten. Zielgruppe sind dabei ländlich strukturierte Gemeinden, die bereits mit der Ländlichen Entwicklung zusammenarbeiten. Wichtig hierbei ist, dass die Konzepte in enger Zusammenarbeit/Kooperation der örtlichen Akteure entwickelt und durchgeführt werden.

Die Ländliche Entwicklung ist aufgrund ihrer Erfahrungen im ländlichen Raum, ihrer Vernetzung mit anderen Behörden, ihrer Erfahrung mit Bürgerbeteiligungsansätzen und nachhaltigen Instrumente idealer Partner für die Belange der Kommunen hinsichtlich des Themas Energie.

Die Ämter für Ländliche Entwicklung können EKs auf drei verschiedenen Ebenen fördern. Zum einen besteht finanzielle Unterstützung im Rahmen der Dorferneuerung und im Rahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung. Das in 2012 ausgerufene Sonderprogramm „100 bilanziell weitgehend energie neutrale Kommunen“ ist ein zeitlich befristetes Programm mit jeweils mindestens 14 zu vergebenden EKs, in dem die zur Verfügung stehenden Fördermittel bereits aufgebraucht sind. Im Rahmen der Dorferneuerung und der Integrierten Ländlichen Entwicklung können aber noch EKs gefördert werden. Um allerdings in den Genuss einer Förderung zu kommen, sind folgende Voraussetzungen notwendig. Das Konzept muss die gesamte Gemeinde umfassend (bei Gemeindekonzepten) und die Bürger müssen informiert und intensiv beteiligt werden (z. B. über Arbeitskreise, Foren, Aktionen etc.). Zudem müssen mindestens drei Angebote von Planungsbüros eingeholt werden und es soll eine ganzheitliche Betrachtung des Themas erfolgen – so sollen Querbezüge zu Themen wie Innenentwicklung und Landnutzung hergestellt werden. Um während der Erarbeitung bzw. nach Fertigstellung der EKs Gemeinden im Hinblick auf Umsetzungsmaßnahmen betreuen zu können, kann in Gemeinden mit einem von dem Amt für Ländliche Entwicklung geförderten EK eine Prozessbegleitung gefördert werden.

Nicht nur finanziell, sondern auch personell stehen die Ämter für Ländliche Entwicklung mit ihren Fachberatern den Kommunen zur Verfügung. Die Unterstützung reicht während der Konzepterstellung von der Erstberatung, den Hilfestellungen bei dem Vergleich der Angebote und der Auswahl der Planungsbüros bis hin zur Beachtung der Querbezüge innerhalb der Kommune, wie Innenentwicklung, Mobilität, Gebäudemanagement und Landnutzung. In der Umsetzungsphase werden dann Erfahrungsaustausche, Informationsabende und Exkursionen zu Referenzanlagen von den Fachberatern für Energie an ihrem Amt für Ländliche Entwicklung organisiert.

Bei der Durchführung der Projektvorschläge aus dem EK werden die einzelnen Maßnahmen aufeinander abgestimmt und in Maßnahmen der Ländlichen Entwicklung integriert, was neben der Förderberatung zu weiteren Kostenersparnissen der Kommune führt. Dass die Ländliche Entwicklung mit

den an die Bedürfnisse der Kommunen ausgerichteten EKs einen wertvollen Beitrag zur Umsetzung der vorgeschlagenen, energetischen Maßnahmen des Konzeptes leisten kann, liegt zum einen an der personellen Betreuung und zum anderen an der Beteiligung der Bürger und lokalen Akteure, die in alle Phasen der Konzepterstellung einbezogen werden. Dies stärkt die Akzeptanz der anzugehenden Maßnahmen vor Ort und sorgt durch die Initiierung von Arbeitskreisen bereits während der Konzepterstellung für eine spätere Entlastung der Kommunalverwaltung. Die Betreuung der EKs wird von den Gemeinden sehr geschätzt. Diese sind oftmals personell unterbesetzt, können sich daher aus zeitlichen Gründen nicht einem zusätzlichen Thema widmen oder verfügen noch über keine Erfahrungen im Energiesektor.

Die Nachhaltigkeit des Konzeptes ist ein wichtiger Aspekt. So wird den Gemeinden empfohlen, sich stetig mit dem Thema zu beschäftigen, sozusagen am (Energie-)Ball zu bleiben, z. B. durch regelmäßige Projektumsetzungen, Etablierung von Strukturen (Energiebeauftragter, Monitoring, Öffentlichkeitsarbeit) und gegebenenfalls externer Unterstützung von Außen.

Aus dem EK heraus sollen sich Maßnahmen ergeben, die idealerweise von der Ländlichen Entwicklung mit ihren Instrumenten unterstützt bzw. weiter begleitet werden können. So kann im Rahmen des EKs ein Anreiz zu Sanierungsmaßnahmen geschaffen werden, die unter Umständen im Falle eines Dorferneuerungsverfahrens finanziell gefördert werden. Auch die Verlegung von Nahwärmenetzen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen der Dorferneuerung (Straßen-, Kanalsanierung) ist sinnvoll und kann Kostenersparnisse mit sich bringen. Durch eine nachhaltige Waldbewirtschaftung im Rahmen einer Waldneuordnung können Holzreserven aktiviert und vervielfacht werden. Auch eine Flurneuordnung kann die Energiewende positiv unterstützen, in dem durch Flächenzusammenlegungen und Flächenneuordnung z. B. die Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen erst ermöglicht wird.



Abb. 19: Stefanie Thomscheit während des Vortrags.

Die Förderung über die Ländliche Entwicklung unterscheidet sich somit in mancher Hinsicht von der gewohnten Förderung „nach engen Richtlinien“ anderer Förderstellen (siehe die vielfältigen Möglichkeiten, die sich durch die personelle Vor-Ort-Betreuung während der unterschiedlichen Phasen eines EKs ergeben). Hier steht im Mittelpunkt, zusammen mit den Aktiven vor Ort den ländlichen Gemeinden Bayerns und ihren Bürgern ein tragfähiges Zukunftskonzept, einen Plan für ein konkretes Projekt oder Teilgebiet hervorzubringen, zu konkretisieren und letztlich zu realisieren. Wenn dafür die Chancen gut stehen, können die Fachberater bis zu der Realisierung der Maßnahmen mit Rat, mit Tat und finanzieller Unterstützung zur Seite stehen.

### Exkurs:

**Flurneuordnung** (früher Flurbereinigung) – dahinter steckt die Idee, dass man landwirtschaftliche Flächen zur effizienteren Nutzung entsprechend zusammenlegt, einen historisch gewachsenen Fleckerlteppich von Nutzungen und Eigentumsverhältnissen sozusagen auflöst und neu verteilt. Diese neuen Flächen werden dabei durch ausgebaute Wege erschlossen und Hochwasserschutzmaßnahmen berücksichtigt, wobei ökologisch wertvolle Lebensräume erhalten oder geschaffen werden. Die damit verbundenen Kosten werden bezuschusst. Das Amt für Ländliche Entwicklung leitet eine Flurbereinigung ein und bestimmt damit, welches Gebiet der Neuordnung zugehörig ist. So entsteht eine Teilnehmergeinschaft, die die Interessen der Teilnehmer formuliert, wobei diese oft nicht einfach zu ermitteln ist. Oft sind viele Besprechungen nötig, um die Einzelmeinungen zusammenzubringen. Dieser Meinungsfindungsprozess ist ganz identisch mit der Bürgerbeteiligung, die heute auch in vielen Energieprojekten erfolgt. Flurneuordnung wird heute nicht nur für landwirtschaftliche, sondern genauso gut für energiewirtschaftliche Belange eingesetzt, z. B. für die Flächenerschließung bei Windparks,

Grundstückszusammenlegung für Photovoltaik-Freiflächen, oder zur Verwirklichung umfangreicher Wasserkraftwerkspläne.

**Dorferneuerung** ist das zweite Instrument der Ländlichen Entwicklung. In mancher Hinsicht der Flurneuordnung ähnlich, läuft die Dorferneuerung aber auf überwiegend bebauten innerdörflichen Flächen ab. Ein neuer Dorfplatz, eine geänderte Ortsdurchfahrt, abgestimmte neue Fassaden, der Bau eines Bürgerhauses oder eines Dorfladens..., all das sind klassische Förderbeispiele. Gerade in der Dorferneuerung ist Bürgerbeteiligung von Anfang an die Grundlage des Verfahrens. Oft werden dabei aus der Bürgerschaft heraus Ideen entwickelt, auf die wohl kein außenstehender Ortsplaner so leicht gekommen wäre. Im Rahmen einer solchen Dorferneuerung wurde z. B. in Aiterhofen der Aufbau eines Nahwärmenetzes gefördert. Sechs teils öffentliche, teils private Gebäude werden dabei von einer zentralen 320 kW Hackschnitzelanlage mit Heizwärme versorgt.

„**Integrierte Ländliche Entwicklung**“ (ILE) heißt die dritte wichtige Maßnahme der Ländlichen Entwicklung. Eine ILE ist ein Kooperationszusammenschluss mehrerer benachbarter Kommunen. Auch hier wird ein gemeinsames ILE-Konzept erarbeitet, werden Themenfelder bestimmt, in denen gemeinsame Ziele durch enge Kooperation zwischen den Gemeinden erreicht werden sollen. Auch „Energie“ ist in der Regel ein solches Handlungsfeld. Als Langfriststrategie ist die interkommunale Zusammenarbeit für benachbarte Gemeinden sicher sehr empfehlenswert. Besonders im Energiesektor sind einige der zukünftigen Herausforderungen zu groß für kleine ländliche Kommunen im Alleingang.

## 14 Resümee<sup>10</sup>

Die Veranstaltungsreihe hat es geschafft, die Themen ENP und EK aus vielen unterschiedlichen Richtungen zu beleuchten. Die intensiven Diskussionen an den Thementischen haben dabei gezeigt, dass es einen enormen Bedarf gibt, praxisnahe Informationen zu vermitteln, aber auch diskursiv unterschiedliche Erfahrungen und Meinungen auszutauschen. Ein großer Dank gilt daher allen an der Veranstaltungsreihe Beteiligten, d. h. den Organisatoren, Kooperationspartnern und Referenten, aber auch Ihnen, den Teilnehmern, die sich die Zeit genommen haben, sich über diese wichtigen Themen zu informieren und auszutauschen.

Von allen Ergebnissen fielen einige besonders auf. So darf die Erstellung eines ENPs oder EKs keine einmalige Aktion, also ein Strohfeuer sein, sondern muss langfristig in der Gemeindeverwaltung verankert werden. Dazu bedarf es des politischen Rückhalts durch Bürgermeister und Gemeinderat, aber auch der Wertschätzung der sogenannten „Kümmerer“, die sich dieser neuen Aufgabe annehmen. Die Einbeziehung und Beteiligung der Bürger und Unternehmen vor Ort ist allein aus Akzeptanzgründen unerlässlich. Es wurde zudem wiederholt der Wunsch nach einem regionalen Informations- und Erfahrungsaustausch zu den Themen der Energiewende geäußert. Dieser Wunsch ist gerechtfertigt, da die praktischen Erfahrungen anderer genutzt werden müssen, um – angesichts der knappen Personal- und Finanzressourcen – die Energiewende effizient voranzubringen. Hierbei könnten beispielsweise die Regierungen mit ihren Energiewendebeauftragten, aber auch die Landkreise eine koordinierende Rolle übernehmen. Durch alle Veranstaltungen zog sich wie ein roter Faden die dringende Forderung nach stabileren, politischen Rahmenbedingungen. Ohne diese kann die Energiewende nicht gelingen.

<sup>10</sup> Das Resümee gibt nicht das Fazit am Ende der Veranstaltung vor Ort wieder. Es beinhaltet vielmehr übereinstimmende Ergebnisse aller Veranstaltungen. Dies erscheint an dieser Stelle zweckmäßiger, da Doppelungen vermieden und allen Teilnehmern derart ein erster Überblick (die Gesamtdokumentation wird Mitte März 2014 erstellt sein) zu den wesentlichen Punkten der anderen Regionalveranstaltungen ermöglicht wird.

Noch eine Bitte zum Schluss. Vergessen Sie, die Entscheidungsträger und Verwaltungsmitarbeiter vor Ort, nicht, dass Sie als Multiplikator eine entscheidende Rolle im Rahmen der Energiewende spielen. Die Politik setzt dafür die Rahmenbedingungen, umgesetzt wird die Energiewende jedoch vor Ort, bei Ihnen daheim, am besten zusammen mit anderen Kommunen. Mit Ihrem Engagement im Bereich des Energiesparens, der Steigerung der Energieeffizienz und des Ausbaus erneuerbarer Energien sind Sie bereits auf dem richtigen Weg oder begeben sich auf diesen. Dafür benötigt man aber Geduld und einen langen Atem, d.h. man muss länger als in den politischen Vier-Jahres-Einheiten denken. Denn bei diesem Thema geht es nicht nur um die nahe Zukunft, sondern vor allem auch um die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. Deswegen geben Sie Ihre Erfahrungen wertneutral an ihre Bürgermeisterkollegen weiter, die sich noch nicht auf diesen Weg gemacht haben und verlieren sie nicht den Mut, sich angesichts ändernder Rahmenbedingungen weiterhin für dieses wichtige Thema einzusetzen.

In diesem Sinne: Seien Sie „Kümmerer“, von dem alle sprechen, motivieren Sie andere zum Mitmachen und bleiben Sie am (Energie-)Ball!